

Er scheint täglich außer Sonntags, Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 20 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. 50 Pf. Monat. Einzeln in der Post-Verwaltung: Preisliste für 1893 unter Nr. 6705.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Sammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Inhaber: Aut. J. Nr. 4186.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Donnerstag, den 12. Januar 1893.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Die Grund- und Bodenfrage in den Vereinigten Staaten.

Trotz der statistischen Mittheilungen, welche seit Jahren über den Zustand der amerikanischen Landwirtschaft bekannt werden und denselben als keineswegs gesund erscheinen lassen, gilt es in Deutschland noch bis zum heutigen Tag ziemlich allgemein für einen unantastbaren Satz, daß die Vereinigten Staaten ein „Bauernparadies“, ja das „Bauernparadies“ seien. Und in dem gewaltigen Heere der deutschen Auswanderung bilden die Landwirthe ein sehr beträchtliches Kontingent. Das Schicksal derer, die selbständige Farmer werden wollen, ist in den meisten Fällen ein recht schlimmes. Wer nicht unbebautes, schlecht gelegenes oder werthloses Land kauft, und sich nicht günstigstenfalls für ein Jahrzehnt aus den Reihen der zivilisirten Menschen verbannen, und den größten Entbehrungen aussetzen will, entdeckt bald, daß zu einem landwirtschaftlichen Betrieb in Amerika mindestens so viel Geld gehört wie in Deutschland, daß mit Kleinbetrieb gar nichts auszurichten ist, und daß der Druck des Kapitalismus dort auf der Landwirtschaft noch schwerer lastet als bei uns, weil der Kapitalismus drüben — ungeachtet seiner Jugendlichkeit — weit kräftiger entwickelt ist.

Der sicherste Gradmesser für das Gedeihen der Landwirtschaft ist die Höhe der Hypothekenschulden. Die Kleinbauern in Deutschland und Frankreich sind bekanntlich überschuldet und sie arbeiten nur zum kleinsten Theil für sich selbst, zum größeren für den Gläubiger. Sie sind keine Lohnsklaven, wie der Lohnarbeiter, aber Zinssklaven, was kein besseres, ja ein noch härteres Loos ist. Vor Jahren wurde Amerika durch die, plötzlich an den Tag tretende Thatsache überrascht, daß die Mehrzahl der für beneidenswert wohlhabend geltenden Farmer tief verschuldet sei. Man tröstete sich jedoch mit den billigen Getreidepreisen in der alten und neuen Welt, und erhoffte ein Steigen der Kornpreise, das die amerikanische Landwirtschaft im Nu herausreißen würde.

Nun — die Preise stiegen; Europa hatte im vorletzten Jahre (1891) eine Missernte mit Theuerungspreisen, und Amerika hatte eine außerordentlich gute Ernte.

Und die Wirkung? Die Verschuldung der amerikanischen Landwirtschaft hat kolossal zugenommen. Unter der Ueberschrift: „Enorme Verschuldung des Grundbesitzes“ bringt unser amerikanisches Bruderorgan, das „Philadelphia Tageblatt“ vom 21. Dezember 1892 einen höchst lehrreichen Artikel, den wir nachstehend zum Abdruck bringen:

Stauenswerthe Enthüllungen verspricht der Jenfus der Vereinigten Staaten über die Verschuldung des Grundbesitzes. Ein Angestellter des Jenfusbureaus, F. C. Waite,

*) Farmer heißt eigentlich Pächter, und wird in England auch bloß in diesem Sinne gebraucht, in Amerika aber bedeutet es einen freien Grundbesitzer.

gab neulich in Baltimore einen Uebersicht des im Druck befindlichen Berichts, aus welchem zu ersehen ist, daß die Verschuldung nicht nur steigt, wie die Volksparteier (demokratische Bauernpartei) behauptet haben, sondern ganz ungeheurer steigt.

Nehmen wir zunächst eine Gruppe südlicher, hauptsächlich Baumwollbauender, Staaten vor. Danach stieg die Hypothekenverschuldung binnen 9 Jahren, von 1881 bis 1890, in Alabama um 414, in Tennessee um 318, in Missouri um 285 pCt. Die Verschuldung stieg per Kopf in Alabama um 384, in Tennessee um 285, in Missouri um 176 pCt. Damit aber nicht behauptet werden kann, wie das gewöhnlich geschieht, daß der größte Theil dieser Schulden für Neuanfassungen, Ausdehnung des Betriebes etc. aufgenommen wurde, wird festgestellt, daß die Zunahme des abgeschägten Werthes nur 221, resp. 203 und 181 Prozent in den genannten drei Staaten beträgt.

Im Westen sieht es nicht viel besser aus. In Nebraska stieg die Verschuldung um 381, in Kansas um 201, in Illinois um 159, in Iowa um 79 Prozent. Pro Kopf der Bevölkerung stieg sie in Nebraska um 125, in Kansas um 102, in Illinois um 107, in Iowa um 40 Prozent. Nur in dem letztgenannten Staate geht die Zunahme der Schulden nicht über die des neugeschaffenen Werthes (41 Prozent) hinaus. In Nebraska übersteigt derselbe erstere geringfügig (181 Prozent), in Kansas und Illinois beträgt er bloß 67 Prozent.

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß die Farmer nicht nur nicht „ausmachen“ (durchkommen), sondern in rapider Weise verschulden. Wenn dies nicht in stärkerer Weise geschähe, als die Zunahme des Werthes ihres Landes, so könnte dieser Prozeß geraume Zeit fortbauern, ohne daß es zu einem Krach käme. Aber die Zahlen beweisen das Gegentheil. Die Verschuldung steigt schneller, als der Werth zuwächst. Bistlich ist von einem leichten Überhaup keine Rede, sondern es ist ein Rückgang zu verzeichnen. Die Unterdrückung der Einwanderung würde diesen Prozeß noch beschleunigen.

Nach alledem unterliegt es keinem Zweifel, daß der größte Theil des Bodens in den Vereinigten Staaten nicht mehr den Bauern, sondern den geldverleihenden Kapitalisten gehört. Die letzteren finden es jedenfalls bequemer, die Bauern auf diese Art auszubeuten, anstatt sie in Pächter zu verwandeln, wo man das Risiko läuft, daß der Boden ausgegahnt und eventuell der Pachtzins nicht bezahlt oder der Antheil des Besitzers mit dem sinkenden Ertrag, da wo die Pacht in Natural-Abgabe bezahlt wird, geringer würde. Auch ist es bequemer, als die Farmer mit Lohnarbeitern zu betreiben. Nichtsdestoweniger wird der Jenfus eine größere Zunahme der Pächter und der Farmarbeiter, als der selbständigen Bauern aufweisen.

Die Zinsen, fünf bis zehn Prozent auf Hypotheken und noch mehr auf Faustpfänder, übersteigen den Netto-Ertrag der Landwirtschaft bedeutend. Wo der Bauer das Jahr über im „Store“ (Krautladen) borgen muß, wie meistens bei den kleinen Cotton (Baumwolle)-Pflanzern der Fall, oder wo er sich Vorschüsse auf die Ernte zu Wucherzinsen geben lassen muß, ist vollends keine Bilanz zu gunsten der Bauern möglich.

Diese Ziffern erklären die agrarische Bewegung in den Vereinigten Staaten vollständig. Der Bauer hat lange vom Schuldensuchen gelebt und belohnt jezt nichts mehr geborgt. Jezt geht ihm das Wasser an den Hals. Massen-Repudiationen (Abschüttelungen, Nichtanerkennung) der Schulden dulden

die Kapitalisten nicht; Moratorien (Zahlungsausschübe), wie sie hier und da von Staaten gesetzlich gewährt wurden, bedeuten bloß Hinausschiebung der Verbindlichkeiten auf kurze Frist. Deshalb suchen die Bauern ihre Schulden mit verschlechtertem Geld zu bezahlen oder sich zinsfreies Kapital von der Regierung zu verschaffen. Alle ihre Bestrebungen in dieser Richtung stoßen auf den hartnäckigsten Widerstand der Gläubiger und Wucherer. Und doch ist nicht anzunehmen, daß sich schließlich Millionen von Haus und Hof vertreiben lassen, ohne verzweifeltsten Widerstand zu leisten.

Diese Leute haben das Stimmrecht und wenn das nicht helfen sollte, scheuen sie vor der Gewalt nicht zurück. In der Farmer-Presse findet man jezt schon Andeutungen genug in dieser Richtung. Soviel ist klar: in den nächsten Jahren werden sich Fragen vor die einheimischen Parlamente drängen, mit denen sie bisher nichts zu thun gehabt haben. Die Farmerbewegung wird bestehen bleiben und noch zunehmen und es bedarf nur noch des selbständigen Eintretens der Arbeiter in die Arena, um eine gewaltige Umwälzung auf politischem Gebiet herbeizuführen.

So daß „Philadelphia Tageblatt“.

Wir haben es hier mit Zuständen zu thun, die in dem Wesen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung begründet und von ihr nicht zu trennen sind — nicht zu beseitigen, so lange diese Gesellschaftsordnung besteht.

Unsere Bauern aber, die dem Kapitalismus durch die Auswanderung nach Amerika zu entripen hoffen, kommen dort aus dem Regen in die Traufe. Wenn sie vernünftig sind, dann machen sie nicht die kostspielige Reise nach Amerika, um dort den Feind vor sich zu finden, der sie von hier wegtreibt, und nehmen gleich hier den Kampf auf.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Januar.

Aus dem Reichstage. Die Fortsetzung der Brantener Debatte brachte gestern zunächst eine ausgezeichnete, vielfach durch Beifallsbezeugungen unterbrochene Rede des Abgeordneten Grillenberger, deren Eindruck der bayrische Finanzminister nachher sich vergebens bemühte, abzuschwächen. Sont sprachten noch die Abgeordneten Brömel, Möller (Dortmund), Bachem und Dr. Böckel mehr oder minder scharf gegen die Vorlage. Auch der Redner der Konserwativen, Gerlach, hatte so viel Wenn und Aber in seiner Rede, daß dieselbe einer Ablehnung so ähnlich sah, wie ein Ei dem anderen. Zum Schlusse wurde die Vorlage der Militärkommission überwiesen, wo sie vorläufig ungeführt ruhen wird, bis die Frage der Heeresvorlage entschieden ist. Morgen steht die Notstands-Interpellation auf der Tagesordnung, welche Liebknecht begründen wird. In der Diskussion will Se. Majestät König Stumm seine allerhöchste Entrüstung über den Bergarbeiter-Ausstand zum Vortrag

moralisch — giebt es keinen Ausgleich. Ich meine immer, die Leute, die von einer völligen Vereinigung nichts wissen wollen, glauben in ihrem Herzen, sie könne ein Ende nehmen, und dann fährt wohl Illusion! Jede Leidenschaft, die sich nicht ewig dänkt, ist eitelhaft. (Der reine Fenelon!) Auch die Welterfahrenen, die kühlen Verstandsmenschen, die Männer vom feinen Handschuh und von der tadellosen Kravatte, welche ohne zu erröthen eine Frau nur ihres Geldes wegen heirathen, geben damit offen zu erkennen, daß sie eine vollständige Scheidung der Interessen und Gefühle für unerlässlich halten.

Die Anderen sind verliebte Narren, die sich mit ihrer Geliebten allein in der Welt glauben. In ihren Augen sind Millionen ein Haufen Schmutz; der Handschuh, die Kamelie, die die Geliebte getragen, wiegt alles Gold der Erde auf! Von diesem gemeinen Metall ist bei ihnen auch nie etwas zu finden, wohl aber verwelkte Blumen in niedlichen Cedernholzkästchen. Zwei Herzen, die sich so lieben, unterscheiden sich nicht mehr von einander. Für sie giebt's kein „Ich“ mehr. „Du“ ist ihr Fleisch gewordenes Wort. Ach, laßt sie, laßt sie im Frieden. Könnt Ihr ihre geheime Herzenskrankheit hindern? Es giebt eben Narren, welche ohne jede Berechnung lieben und Weise, welche, indem sie lieben, berechnen.

„Famos, Vixion, famos!“ rief Blondet. „Nun, Finot, was meinst Du dazu?“

„Finot zog sich in seine Halsbinde zurück: „Ja? ... Anderwärts würde ich wie ein Gentleman urtheilen, hier aber danke ich ...“

*) Erzbischof von Cambrai, französischer Schriftsteller. (1651—1716.)

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

3

Hans Huzingen.

Soziale Studie von H. de Balzac.

Deutsch von Curt Baake.

Betrachten wir zunächst einmal, wie Roger-Collard *) sagt, die Frage ganz abstrakt vom Standpunkt der „Kritik der reinen Vernunft“ aus; was die unreine Vernunft anlangt ...

„Er hat schon etwas weg.“ flüsterte Finot Blondet zu.

„Nein,“ rief Blondet, „er hat völlig Recht. Die Frage, um die es sich hier handelt, ist übrigens sehr alt. Sie war der Hauptgrund zu dem Duell auf Leben und Tod zwischen La Chateigneret und Jarnac. Es wurde rathbar, daß Jarnac zu gut mit seiner Schwiegermutter stände, und daß sie dem vielgeliebten Schwiegerjohnne die Mittel zu dem Luxus herbeigebe, den er entfaltete. Je wahrer so etwas ist, um so weniger soll man darüber sprechen. König Heinrich II. erlaubte sich aber darüber zu klatschen, und sein Höfling La Chateigneret nahm es als treuer Diener seines Herrn auf seine Rechnung. So kam es zu jenem Duell, das die französische Sprache mit dem Ausdruck: coup de Jarnac — heimtückischer Streich — bereichert hat.“

„So alt ist der Ausdruck?“ fragte Finot erstaunt. „Ein abliges Wort also!“

„Als ehemaliger Zeitungs- und Zeitschriften-Verleger

*) Philosoph.

konntest Du so etwas natürlich nicht wissen,“ erwiderte Blondet.

„Es giebt Frauen,“ sprach Vixion ernst, „und es giebt auch Männer, die sich theilen und nur einen Theil von sich hingeben (ich mache besonders darauf aufmerksam, wie human, wie gewählt ich mich ausdrücke). Für solche Menschen hat die Liebe nichts mit materiellen Interessen zu schaffen; sie widmen ihr volles Leben, ihre ganze Ehre einem Weibe und meinen, es sei ungebührig, dabei jenes Pflanzenfaser-Papier auszuwechseln, auf dem zu lesen ist: „Wer diese Banknote nachmacht etc.“ Dementsprechend nehmen sie auch von dem Weibe ihrer Liebe kein Geld an. Ja, alles entehrt sich in ihrem Augen, wenn mit der Verschmelzung der Seelen auch die materiellen Interessen verschmolzen werden. Diese Lehre wird jezt im Munde geführt, aber selten angewendet ...“

„Ei!“ rief Blondet, „sie ist aber auch der reinste Blödsinn! Der Marschall Richelieu, der sich auf solche Dinge verstand, setzte der Frau de la Popelinière eine Rente von tausend Louisd'or aus. Agnes Sorel brachte dem König Charles VII., als wäre es selbstverständlich, ihr ganzes Vermögen dar und der König nahm es auch. Jacques Coeur, der berühmte Bankier, hat die Krone von Frankreich unterhalten, und sie hat es sich gefallen lassen und ist dann so undankbar gegen ihn gewesen, wie ein Weib nur sein kann.“

„Meine Herren“, begann Vixion wieder, „jede Liebe, die nicht zu unauflöslicher Freundschaft führt, ist in meinen Augen nur eine momentane Naderlichkeit. Kann man es gänzliche Hingebung nennen, wenn man sich etwas dabei vorbehält? Zwischen diesen beiden entgegengesetzten Anschauungen — sie sind übrigens beide gleichmäßig tief un-

bringen. Es verspricht also ein recht lebhafter Tag zu werden. —

Die bekannte Ansprache des Kaisers zu Gunsten der unveränderten Annahme der Militärvorlage hat für die konservativen Mannesgeister genügt — sie werden für alles stimmen, was die Regierung wünscht. Freilich, um dies zu erreichen, hätte es kaum einer Warnung bedurft. Die Angst der konservativen Mannesgeister vor Neuwahlen ist wohl kaum geringer als die der national-liberalen. Freilich, zerschmettert zu werden ist kein Vergnügen. Und Regierungsparteien müssen bei vollenwichtigen Seiten-sprüngen stets auf solche Behandlung gefaßt sein. —

Für die **Militärvorlage** registriert die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ alle, auch die blödsinnigsten Kundgebungen der obersten Blätter. So zitiert sie heute die „Pommersche Reichspost“, welche schreibt:

Schmerzhaft muß es jeden Patrioten berühren, wenn die Vertreter der meisten Parteien (gegenüber der Militärvorlage) nicht die Frage der Notwendigkeit, sondern der Kostspieligkeit voranstellen und von vornherein erklären: wir können die Opfer überhaupt nicht aufbringen. Was soll das eigentlich heißen? Auch nicht, wenn es wirklich notwendig ist? Auch nicht, wenn wir sonst nach menschlichem Ermessen unseren Feinden nicht mehr gewachsen sind? Oder will man sagen, wir hätten schon unser Alles eingesetzt? u. s. w.

Wenn die „Pommersche Reichspost“ uns zu berichten wissen wird, daß die junkerlichen Schnapsbrenner auch nur ein Viertel des ihnen mit dem Schnapssteuerprivileg gemachten Geschenke von jährlich 40 Millionen aus „Patriotismus“ opfern, oder die edlen Feudalherren, Schlotjunker, Kohlenbarone und Finanzkönige sich bereit erklären, aus eigener Tasche die Militärkosten zu decken, dann mag sie von „Patriotismus“ reden und die Forderung an das Volk stellen, „sein Alles“ einzusetzen. Der „Patriotismus“ auf Kosten gerade der Ärmsten und Beschloßenen ist keinen Schuß Pulver werth! —

Die Kosten der Militärvorlage sollen zum größten Theil wiederum durch die Besteuerung der Genussmittel der großen Masse des Volkes gedeckt werden, desselben Volkes, das man bei den Landtagswahlen als rechtlos behandelt. Das Wahlrecht, das man bei den preussischen Landtagswahlen der großen Volksmasse gelassen hat, ist nur ein Scheinrecht, denn es gewährt ihnen nicht einmal die Möglichkeit, in den preussischen Landtag auch nur einen einzigen Vertreter zu bringen, der den Besitzenden nicht genehm wäre. Die ganze Militärlast des Reiches wird durch die indirekten Steuern, welche die große Masse des Volkes aufbringt, gedeckt; diese Steuern aber werden nicht in Anrechnung gebracht bei dem Klassenwahl-System, obwohl dieses das Wahlrecht nach der Höhe der Steuerveranlagung klassifiziert. —

Der preussische Etat für 1893/94, welcher morgen dem Landtage vorgelegt wird, soll, wie die „National-Zeitung“ mittheilt, mit einem Defizit von etwa 58 Millionen abschließen. Und immer mehr und immer mehr Soldaten! Wir haben es ja dazu! —

Das Defizit herrscht nicht bloß in Preußen, sondern auch in anderen deutschen Staaten. Die Thronrede, mit welcher gestern der Württembergische Landtag eröffnet wurde, hebt die schlechte Finanzlage hervor. Es heißt in derselben:

„Während die Rechnungen für die Jahre 1889/91, dank namentlich den größeren Ueberweisungen aus der Reichskasse, noch mit erheblichen Ueberschüssen abgeschlossen haben, ergab das leistungslöse Rechnungsjahr, hauptsächlich infolge des Zurückbleibens der Ablieferungen der Staatsbahnen, einen Ausfall, welcher in dem laufenden Rechnungsjahre sich voraussichtlich noch steigern wird. Eine Wendung zum Besseren steht für die nächste Zeit kaum in Aussicht.“

Diese Thronrede dürfte die Begeisterung für die Militärvorlage, welche die württembergischen Nationalliberalen zu erregen suchen, auch in Süddeutschland etwas dämpfen. —

Die Verbesserung des Volksschulwesens und des Dienstverhältnisses der Volksschullehrer. Der diesbezügliche Gesetzentwurf kam gestern im preussischen Abgeordnetenhaus zur ersten Berathung. Wie bescheiden und demüthig trat der Kultusminister für seine Vorlage ein!

„Wie die verdammten Kerle, mit denen Du umzugehen die Ehre hast“, ergänzte ihn Vigou.

„Wahrhaftig, Du hast's getroffen“, meinte Finot.

„Und was sagst Du?“ wandte sich Vigou an Couture.

„Unstinn!“ rief Couture. „Eine Frau, die ihren Leib für den Mann, den sie bevorzugt, nicht zum Fußschemel macht, um ihm in die Höhe zu helfen, ist ein herzloses Geschöpf.“

„Und Du Blondet?“

„Ich halte mich an die Begeiß!“

„Wohlan!“ sprach Vigou in beiführendster Tone, „Rastignac war nicht Eurer Meinung. Nehmen und nicht wiedergeben ist häßlich und — zu sehr die Regel; aber nehmen und hundertfach wiedererhalten, ist eine ritterliche That. So dachte Rastignac. Er stützte sich auf das Tiefste erniedrigt, daß ihn materielle Interessen mit Delphine von Nuzingen verknüpften. Ich kann von seinem Kummer reden, sah ich doch selber, wie er Thränen über seine Stellung vergoß. Ja, er weinte wirklich... nach dem Souper. In Euren Augen hieß das also...“

„Ach, Du hast uns zum Besten“, rief Finot.

„Fällt mir sehr nicht ein. Ich spreche also vom Rastignac, dessen Thränen Eurer Meinung nach, ein Beweis für seine Verderbtheit sein müßten, denn er liebte damals Delphine viel weniger innig! Dem armen Jungen sah eben ein Dorn im Herzen. Es ist ja auch ein tief verdorbener Gentleman, und wir sind tugendhafte Lebenskünstler, nicht wahr?“

Rastignac wollte also Delphinen bereichern, er der Arme — sie die Reiche! Und stellt Euch vor: es ist ihm gelungen. Rastignac, der auf Jarnac's Fuchterläufe schwor, stellte sich auch auf Seiten Heinrichs II. und bekannte sich zu seinem großen Wahrspruch: Es giebt keine absolute Jugend, es giebt nur Umstände. Das gehört zur Geschichte seines Vermögens.“

„Du solltest lieber mit dieser Geschichte anfangen, statt uns zu verleiten, uns selbst zu verleunden“, meinte Blondet mit bestreikender Outmüthigkeit.

„Ei, ei, mein Junge“, erwiderte Vigou und taufte ihn durch einen leichten Schlag auf das Hinterhaupt, „Du hast Dich wohl dem Sekt schon eng angefreundet.“

Über großartig sind auch die Forderungen, die er stellt. Vom 1. April 1895 ab soll der Staat zu Beihilfen an Schuldverbände wegen Unvermögens für die Verbesserung des Dienstverhältnisses der Lehrer und Lehrerinnen jährlich drei ganze Millionen Mark gewähren. Und um diese drei Millionen führt der Kultusminister eine so lebentlich-berwegliche Sprache. Wie schneidig sieht von derselben der Ton ab, in welchem der Reichsfinanzminister und Kriegsminister die hundertfache Summe verlangt. Und schneidig war auch die Sprache, mit welcher der Abg. Frhr. v. Minnigerode-Rositten dem Kultusminister gegenübertrat. Er löste, erklärte er unter dem Beifall der Rechten, einen Nothstand unter den Lehrern nicht anerkennen. Natürlich kennen die Herren Junker nur einen nothleidenden Stand, den der Rittergutsbesitzer, der unerfülllich in seinen Forderungen ist, der die hohen Getreidezölle runterschluckt, der als selbstverständlich das Geschenk von 40 Millionen an Schnapssteuer-Privileg entgegennimmt und bei jeder Reubelastung des Volkes für sich noch einen Extra-Profit herausschlägt. Von den 71 000 Volksschullehrern hat die Hälfte ein Einkommen von 300—1050 M.; trotz der vielen Verbesserungen, die sie nach Herrn von Minnigerode erfahren, steht das Einkommen von 10 619 Lehrern noch unter 750 M. — Lehrreich ist das Auftreten des Herrn von Minnigerode aber doch; er zeigte den Reichstags-Abgeordneten den Ton, in welchem sie die Militärvorlage zu bekämpfen hätten. Dieser gegenüber wäre die schroffe Sprache recht gut an Platze. —

Das neue Programm der Konservativen erlitt in einer Versammlung des Wahlvereins der Konservativen in Barzen, wie die „Kreuz-Zeitung“ berichtet, einen „äußeren Mißerfolg“, d. h. die Versammlung nahm mit großer Mehrheit eine Resolution an, welche sich gegen das neue Programm erklärte, worauf die Antifemiten den Saal verließen. —

Der **Bergmannsstreik** muß dem König Stumm und den rheinisch-westfälischen Schlotjunkern dazu dienen, die volle Unterwerfung des Staats unter das Mammonsjoch zu erzwängen. Zu diesem Zwecke setzt ihre Presse eine Hege gegen die Arbeiter in Bewegung, die eine verdamnte Ähnlichkeit mit der Hejagab hat, welche die spanischen Eroberer gegen die sächlichen Indianer anstellten. Nur die Macht fehlt dieser Sorte von Kapitalisten; ginge es nach ihrem Willen, so brochte den Arbeitern eine Behandlung, wie sie der barbarischste Sklavenhalter seinen widersehlischen Sklaven zu Theil werden läßt, und würde es auch nicht an Blutbanden fehlen, um entlaufene Arbeiter aufzuspüren und zu zerfleischen. Die Wuth dieser Schlotjunker richtet sich sogar gegen die Bourgeoisblätter, welche in der Hege gegen die Arbeiter noch einige Mäßigung beobachten. So brachte die „National-Zeitung“ gestern eine Korrespondenz aus dem Saarrevier, welche die dortigen Zustände als ziemlich harmlos hinstellte und das Schreckniß mit den „Machtschuh-Revolvern“ als bloße Spielerei bezeichnete. Es werde zwar viel geknallt und tausende Schüsse abgefeuert, aber es sei durch dieselben noch Niemandem eine Verletzung zugefügt. Zugleich lobte sie die Energie der Leitung der dortigen Bergwerksverwaltung. Hiergegen bringt die „Post“ eine Erwiderung von „befürworteter“ Seite (wohl König Stumm!), in welcher versichert wird, daß der Inhalt des Artikels der „National-Zeitung“, den Thatsachen nicht entspricht und noch weniger als ein Ausdruck der öffentlichen Meinung der Saargegend, welche durchweg auf einem diametral entgegengesetzten Standpunkt steht, angesehen werden kann.

Für König Stumm sind eben die Zustände in dem Saarrevier ganz schauerhaft, so lange nicht die Flinte schießt und der Säbel haut“, und so lange nicht die gesammten Arbeiter unter Standrecht gestellt sind.

Während die rheinisch-westfälischen Kapitalistenorgane ihre wüthenden Ausfälle gegen die Arbeiter und gegen die Regierung, welche nicht scharf genug vorgeht, erheben, klagen sie herabbrechend über den Nothstand der Gruben-Aktionäre. Koch ist der Kohlenring nicht fertig, der sie zu vollständigen Herren des Kohlenmarktes macht und sie die Preise nach Belieben festsetzen läßt. Und worin besteht der Nothstand der Grubenbesitzer? Für sie ist es schon ein Nothstand, wenn sie in einem Jahre 20 pCt. Dividende hatten, und diese nicht im folgenden mindestens 21 pCt. beträgt. Die Kosulger kann sich kaum eitelhafter zeigen, als in dem Jammer über die „niedrigen“ Kohlenpreise. Ständen diese recht

„Beim heiligen Namen Aktionär!“ rief Couture, „erzählst Du uns noch Deine Geschichte, oder läßt Du's bleiben?“

„Ich war fest dazu entschlossen“, entgegnete Vigou, „aber Dein Schwur nimmt mir die Lösung des Knotens vorweg.“

„Es kommen also Aktionäre in der Geschichte vor?“ fragte Finot.

„Steuerreiche sogar, wie Deine Gobber-Bekanntschäften“, gab ihm Vigou zur Antwort.

„Eigentlich solltest Du doch“, erwiderte der beleidigte Finot in steifen Tone, „einen guten Jungen wie mich, bei dem Du gelegentlich eine Hundertfranknote findest, etwas rücksichtsvoller behandeln.“

„Kellner!“ schrie Vigou.

„Was willst Du vom Kellner?“ fragte Blondet.

„Hundertfrank Franks, damit ich sie Finot zurückgeben, meine Junge einlösen und die Dunitung zerreißeln kann.“

„Erzähl Deine Geschichte“, sagte Finot und that so, als läche er.

„Ihr seid Zeugen“, fuhr Vigou fort, „daß ich diesem impertinenten Burschen, der sich einbildet, mein Schweigen sei nur fünfzig Frank's werth, meine Seele nicht verkauft habe. Zum Minister wirst Du's nie bringen, guter Finot, so lange Du den Preis der Gewissen nicht zu schätzen verstehst... Ich will die Geschichte erzählen und Dich dabei in Frieden lassen, armes Döhnchen“, sehte er zärtlich hinzu, „dann sind wir aber auch quitt.“

„Er will uns nachweisen, daß Nuzingen Rastignac's Glück geschmiedet hat“, sagte Couture und lachte.

„Du bist nicht so weit vom Treffer, wie Du denkst“, sprach Vigou. „Wißt Ihr denn, was Nuzingen, finanzmäßig gesprochen, ist?“

„Weißt Du, wie er angefangen hat?“ fragte Blondet statt einer Antwort.

„Ich habe ihn hier in seinem Hause kennen gelernt“, erwiderte Vigou, „aber vielleicht sind wir uns früher einmal auf der großen Heerstraße begegnet.“

hoch, und stiegen sie infolge des Streiks noch höher, würde die Wuth der Gruben-Organen in milderer Tonart sich kundgeben.

So naht zeigt sich der Prohetentrost und Uebermuth, daß wohl selbst die Behörden davon abgeschreckt werden müssen, zu sehr auf die Kapitalistenwünsche einzugehen; sie müssen fühlen, daß ein zu scharfer gegen die Arbeiter geübter Druck zwar augenblicklich diese händigen kann, aber daß die Niederlage der Arbeiter zugleich einer Niederlage des Staates gleichkommt, der sich willenlos unter die Herrschaft des Prohetentums begiebt.

Wir haben die Ursachen des Streiks schon mehrfach und zuletzt im gestrigen Leitartikel besprochen. Heute kommt auch die „Frankfurter Zeitung“ auf die Entstehungsurachen zurück. Ihre Ausführungen stimmen theilweise mit den unsrigen überein. Sie schreibt:

„Zunächst, vielleicht am allermeisten, ist in Erwägung zu ziehen die Behandlung, die die Bergleute von ihren unmittelbaren Vorgesetzten erfahren. Hier ist nicht alles in Ordnung, wie es sein sollte. Ich habe Beamte wie Arbeiter gebüht und bin in der Lage, mir ein Urtheil bilden zu können. Es wird darüber geklagt, daß ein Theil der Beamtenschaft die Bergarbeiter in rücksichtsloser Weise behandelt, etwa wie ein Unteroffizier Rekruten zu traktieren pflegt. Die Beamten können theilweise aus dem Ofen der Monarchie und mögen dort recht gut verwendbar sein, aber der Rheinländer ist ein freigesinnter Mann und läßt sich nicht schürzeigeln. Wenn ein junger Mensch, der sozusagen noch hinter den Ohren nicht trocken ist, alte verdiente Bergleute anschnauzt und verlangt, daß sie im Obedienten still stehen sollen, wie Soldaten, so macht das böses Blut. Gerade wer der Ansicht ist, daß der Bergbetrieb ein Staatsmonopol sein soll, der muß auch wünschen, daß derartige Mißstände verschwinden. Mit dem Anschlagen des Unteroffiziers ist es nicht gethan. Die Arbeiter klagen sehr darüber, daß man auf Seiten der Bergwerksdirektion glaube, der Arbeiter habe nur zu gehorchen. Diese Beschwerden sind überall zu hören. Wir wollen menschlich wüthig behandelt werden“, heißt es. „Was die Lohnherabsetzung anlangt, so ist die Hauptklage die folgende: Früher wurden die Gedinge vertheilt; es wurde ein Höchstlohn angegeben, der von den einzelnen Knappschaften überboten wurde. Diese Methode war nicht vorthellhaft für die Bergleute, denn es fanden Unterbietungen statt, die eben nur durch starke Konkurrenz erklärlich waren. Seit 1889 werden die Gedinge nach einem festen Satz vergeben, womit die Arbeiter weit besser auskommen. Wodurch sie aber Beschwerde führen, das ist das sogenannte Abziehen der Gedinge. Damit hat es folgende Bewandnis. Das Gedinge wird beispielsweise zu 280 M. vergeben, d. h. der Arbeiter erhält pro Tonne 280 M. und kann, wenn er fleißig und geschickt ist, es auf einen Gesamtumsatz von 5 M. bringen. Nun erreicht er dies Ziel, aber was folgt? Es wird das Gedinge auf 280 M. herabgesetzt. Er strengt sich von neuem und in erhöhtem Maße an, um einen möglichst hohen Arbeitsertrag zu erzielen und verdient wieder seine 5 M. pro Tag. Und abermals kommt eine Herabsetzung des Gedinges, so daß es wiederum veräußerlicher Anstrengungen bedarf, um zu dem alten Lohnsatz zu gelangen. Bei den Arbeitern herrscht infolge dessen die Ansicht, daß die Bergbehörde es nicht gern sehe, wenn der Bergmann allzu viel verdienen und daß sie deshalb zu der Herabsetzung der Gedinge greife und somit eine Methode befolge, durch welche der Fleiß und die Anstrengung gewissermaßen bestraft werden.“

Das **Gefahren der Grubenbesitzer und des Königs Stumm** veranlaßt sogar die „Vossische Zeitung“ zu dem Ausspruch, daß die Bedingungen, welche Stumm und die von ihm abhängige Handelskammer in Saarbrücken der königlichen Bergverwaltung gestellt haben, für diese viel demüthigender wären, als die von den Arbeitern gestellten:

„In Wirklichkeit aber handelt es sich gar nicht um die Machtfrage zwischen Staat und Sozialdemokratie. Den Arbeitern in Saargebiet, die übrigens dem Zentrum viel näher stehen, als der Sozialdemokratie, war es um eine solche Kraftprobe am allerwenigsten zu thun. Ihnen handelte es sich nicht um verschwommene Zukunftspläne, sondern um Beschwerden über ihre gegenwärtige Lage. Was man diese Beschwerden für begründet ansehen oder nicht, jedenfalls soll man vermeiden, den Standpunkt zu verschieben. Vor allem würde die Bergwerksverwaltung sich damit die objektive Befähigung der Sachlage erschweren. Und darauf kommt es vor allem an.“

Aus **Gelsenkirchen** wird uns drathlich gemeldet, daß in der Zeitung der deutschen Bergarbeiter eine Hausdurchsuchung stattgefunden hat. Der Redakteur Schilde und der Verleger Meier sind in Haft genommen und zwar, wie das Vossische Telegraphen-Bureau nachträglich berichtet, auf Antrag des Staatsanwalts wegen Verbreitung angeblich falscher Nachrichten in Extrablättern über den Streik. Wenn alle Verbreiter von Börsenschwindel-Nachrichten verhaftet würden, wo käme da der Platz für die Häftlinge her? So etwas kommt bei uns freilich auch nicht vor. —

Frankreich. Die gestrige Kammer Sitzung — die erste nach den Ferien — fügte den Opfern des Panama-Skandals ein neues hinzu: Floquet, der bisherige Kammerpräsident, hatte trotz der bösen Anschuldigungen, die gegen ihn erhoben worden, sich doch wieder als Kandidat für die Präsidentschaft ausstellen lassen; er erhielt aber bei der ersten — resultatlosen — Abstimmung so wenig Stimmen, daß er von der Bewerbung zurücktrat. Auch er wird ungewisselhaft in den Rattenkönig von Panama-Prozessen, deren erster gestern begonnen hat, hineingezogen werden. Außer dem jetzt im Gang befindlichen Prozeß, dessen Verhandlungen sich, nach der allgemeinen Schätzung, mindestens bis Mitte Februar hinausziehen dürften, wird es für die Helden der letzten Skandals, da die Anklage nicht gegen alle die gleiche sein kann, noch zwei besondere Prozesse geben.

Wie man nachträglich erfährt, war die gestrige Demission des Ministeriums ein kleiner Staatsstreik Ribot's, der mit einem reinen Ministerium vor die Kammer treten und zu diesem Zweck Douhet, Freycinet und Burdeau über Bord werfen wollte. Für diese drei soll der Ersatz bereits gefunden sein.

In der gestrigen Kammer Sitzung kam es zu einigen „Szenen“ — Herr Rouvier hätte sich beinahe geprügelt. Es wird noch besser kommen.

An Straßendemonstrationen hat niemand gedacht. Wozu auch die Herren „Korrupten“ daran hindern, einander abzuthun? Gegen das Volk würden sie sich sofort vereinigen. —

Wie es heißt, soll nun auch die Verhaftung Clemenceau's bevorstehen. Man spricht von dem Eintritt Constans' und Gallifet's in das neue Ministerium — das klingt aber nicht wahrscheinlich. Constans, der französische Putzamer, ist den Lesern unbekannt. In Gallifet werden sie einen alten Bekannten entdecken, wenn sie Lissagarey's „Geschichte der Kommune“

(Fortsetzung folgt.)

Parfeinrichtungen.

Unzutreffend war die Nachricht, der Durchbrenner Händler sei von Chicago aus bereits in Mannheim angelangt und im dortigen Untersuchungsgefängnis interniert. Wie uns aus Mannheim berichtend mitgeteilt wird, ist als sicher anzunehmen, daß die amerikanischen Behörden Händler ausliefern werden. Die Verhandlungen darüber sind aber noch nicht abgeschlossen und bis dies geschieht, bleibt Händler im Chicagoer Gefängnis.

Die gegenwärtige Nachricht zirkulirte seiner Zeit in der ganzen bürgerlichen Presse und entstammte, wenn wir nicht sehr irren, aus einem Telegraphen-Bureau. Wir konnten nicht annehmen, daß sie falsch sei, weil die Mannheimer „Volkstimme“ in einer Polemik gegen den dortigen „General-Anzeiger“ die Möglichkeit eingeräumt hatte, daß Händler seinen Angehörigen einen Brief geschrieben hat, in welchem er ankündigte, er werde am 20. Dezember nach Deutschland eingeschifft werden.

Ueber die Militärvorlage sprach Mitte Dezember in Tübingen (württembergischer Schwarzwald) Genosse Dr. Mühl aus Heidelberg unter voller Zustimmung der Anwesenden. Einmütig erhoben sich diese zum Protest gegen die Vorlage, gegen jede Mehrbelastung des Volkes, gegen jede Schmälerung der Volksrechte, und verlangten von den Vertretern im Parlament, daß sie dem jetzigen System keinen Mann und

keinen Groschen bewilligen. Dr. Mühl hat in Tübingen einen großen Erfolg gehabt, wie selbst Gegner zugaben. Man schreibt uns darüber noch: Es wäre zu wünschen, daß öfter sozialdemokratische auswärtige Redner hierher kämen. Die Versammlung bewies, daß auf dem württembergischen Schwarzwald ein neuer Geist im Anzuge ist. Dies ist wie überall in den immer unbedrückender sich gestaltenden wirtschaftlichen Verhältnissen begründet. Der Arbeiter muß sehen, wie er trotz allen Fleißes im Verdienst immer mehr zurückkommt, und so mancher kleine Geschäftsmann muß seine „Selbständigkeit“ quittieren und in die Fabrik gehen. Besonders liegt hier die Schuhindustrie darnieder wie noch nie. Arbeiterentlassungen sind bereits mehrfach erfolgt und finden fortgesetzt statt. Lohnherabsetzungen sind an der Tagesordnung. Daneben klagen die Arbeiter über die Behandlung seitens der Unternehmer. Kurz, die Verhältnisse sind derart, daß die Agitation für den Sozialismus von Erfolg sein muß, sofern sie durch öftere Besuche auswärtiger redgewandter und kenntnisreicher Genossen nachhaltig betrieben wird.

Der sozialdemokratische Parteitag für die Provinz Pommern fand am 27. und 28. v. M. in Grabow statt. Anwesend waren 40 Delegierte aus 20 Orten. Man beschäftigte sich sehr eingehend mit der Agitationsfrage. Betreffs der Presse wurde ein Antrag, den „Volkstimme“ in Stettin zum Privateigentum zu machen, mit 19 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Mit 24 gegen 5 Stimmen beschloß man dann, daß in Stettin eine

Pressekommission, bestehend aus fünf Personen, gewählt wird; Agitationsnummern des von Fritz Herber herausgegebenen „Volkstimme“ sollen von Zeit zu Zeit kostenlos den Genossen in der Provinz zur Verfügung gestellt werden. Betreffs der Agitation wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der Parteitag erklärt es für dringend geboten, daß bei der nächsten Reichstagswahl Kandidaten in sämtlichen Wahlkreisen unserer Provinz aufgestellt werden. Diefes liegt im Interesse der Agitation und die Agitationskommission ist verpflichtet, die einzelnen Wahlkreise in diesem Bestreben nach Möglichkeit zu unterstützen. Es bleibt jedoch den einzelnen Wahlkreisen überlassen, die betreffenden Kandidaten selbst zu bestimmen, und ist es wünschenswert, daß diese Kandidaten in den Kreisen mindestens bekannt sind, wenn möglich, dort ihren Wohnsitz haben. Von der Aufstellung der Kandidaten ist die Agitationskommission sofort zu benachrichtigen.“ — Der nächste Parteitag soll im Spätherbst 1893 vor dem Parteitag Deutschlands stattfinden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— Das Magdeburger Landgericht sprach den Genossen Peus von der Anklage frei, durch seine Rede in Ederburg sich des Vergehens der Aufreizung schuldig gemacht zu haben. Der Staatsanwalt hatte 1 Monat Zuchthaus beantragt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

- Donnerstag, 12. Januar.**
Opernhaus. Prometheus. Bajazzo (Pagliacci).
Schauspielhaus. Das Buch Hiob. Die Philosophin. Meister Andrea. Festung-Theater. Heimath.
Wallner-Theater. Der Probepfeil.
Berliner Theater. Die Journalisten.
Kroll's Theater. Margitta.
Deutsches Theater. Die Journalisten.
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
Residenz-Theater. Familie Pont-Biquet.
Neues Theater. Die liebe Familie. — Kleine Hände.
Friedrich-Wilhelmsstädt. Theater. Das verunschöne Schloß.
Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon.
Thomas-Theater. Das Märchen der blauen Grotte. Vorher: „Othello's Erfolg“ und „Das Versprechen hinter'm Heerd“.
National-Theater. Die Geierwölfe.
Alexanderyplatz-Theater. Der polnische Jude.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Zum 19. Male:
Modernes Babylon.
Gefangenspoße in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Couplets theilweise von G. Göras. Musik von G. Stoffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Castan's Panoptikum.
Neue Illusion:
Lotosblume.
Fantoche-Theater.
Vorstellungen v. 11—1 u. v. 4—9 1/2 Uhr stündlich.
Ohne Extra-Entree.
Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Wer ist der Vater?
Antwort um 9 Uhr im
Passage-Panoptikum.
Elegante Maskengardrobe
Große Hamburgerstr. 37 bei Werbelow.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Donnerstag, den 12. Januar 1893,
Abends 7 1/4 Uhr:
Grosse Vorstellung.
Zum vorletzten Male: **Auf Helgoland**, mit sämtl. bisher zur Darstellung gebrachten Einlagen. — Außerdem u. a.: Agat, Feuerpieß, vorgeführt v. Direktor Fr. Renz. Mr. James Phillis u. d. Schuljüngel Gorminal. Konkurrenzschule, ger. v. d. Damen Fr. Cl. Hager u. Oceana Renz.
Freitag: Auf allerhöchsten Befehl: **Anfang 7 Uhr. Parade-Gala-Vorstellung** i. Besten d. Fonds z. Erbauung der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. Zum letzten Male: **Auf Helgoland** mit sämtl. Einlagen.
Sonnenabend, Abends 7 1/4 Uhr: Zum ersten Male: **Novität! Ein Künstlerfest. Novität! Große Ausstattungs-Pantomime v. Hofballmeister Siems. Mit überraschenden Wasserakrobaten** und auf das Großartigste inszenirt v. Direktor Fr. Renz.
Fr. Renz, Direktor.

Feen-Palast

Burgstraße, neben der Börse.
Welt-Lokal Berlins, 5000 Pers. fassend.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung
mit großem Programm.
Auf. Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonnt. 6 Uhr. Kasseneröffnung 1 Std. vorher.
Entree 50 Pf.

Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz.
Täglich: Instrumental-Konzert. Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausschank von Vahenhof's Lagerbier, hell und dunkel. An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77—79,
Täglich:
Germania-Konzert- u. Kouplet-Sänger.
Kinder 10 Pf. Wochentags frei. Sonntags 30 Pfennig.
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch. Zwei Säle zu Versammlungen und Vergnügungen. sowie 6 Billards und 3 Kegeltischen.
F. Sadtke.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
The Maatwoods, Rephisto-Ator, preisg. Kunst-Mod.-jahreintimen
3 Schwest. Peretti, amerikanische Produktion auf der freistehenden Leiter.
Braselli, Jongleure und Equilibristen, vorzügl.
Mr. Rappos-Zeffy, Instrumentaltalch.
Mlle. A. Bollena, Instrumentaltalch.
The Lee's, unbewachte Momente zweier Negerflaven.
Mr. Barnum, in f. dressirten Niesen-Doggen.
Theod. Bierrath, Bannemann.
Lily Bellini, Kostüm-Soubrette.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Klinik Neue Kopsstraße 3. Schmerzlos: Zahnziehen 1,00, Füllen 1,50, Zahnarzt v. 1,00. Theilzahlung.
Cohn, Zahnarzt.
Poliklinik unentgeltlich.

Nach langem, schwerem Krankenlager verstarb am 9. d. M. unser Vereinsmitglied

Adolf Schmidt.

Die Beerdigung findet am Donnerstag Nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des St. Thomas-Kirchhofes aus statt. Um zahlreiche Theilnahme bittet
Der Vorstand
des Vereins der Buch-, Papier- und Leder-Industrie.

Am 8. d. M. verstarb unser lieber Freund und treuer Mittämpfer für Wahrheit und Recht, der Arbeiter

Franz Bohm.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. d. M., Nachm. 2 1/2 Uhr, von der Charitee nach dem Charitee-Kirchhof statt.
6806

Die Freunde von der Schönhäuser Allee.

Dankagung.
Allen Verwandten, Freunden, Bekannten, sowie den Kollegen und den Mitgliedern des Fachvereins der Maurer Berlins u. Umg. und dem Gesangverein „Gorbeerkranz“ für die rege Theilnahme, Mitwirkung und Kränzpende bei der Beerdigung meines unvergl. Mannes, unseres Vaters, dem Maurer Michael Grassow, sagen wir hiermit unseren aufrichtigsten Dank.
8796
Die trauernde Wittwe nebst Kindern.

Concordia-Festsäle

C. Saeger,
Andreasstr. 64 u. Krautstr. 38.
Größtes u. schönstes Pracht-Etablissement der Residenz.
Heute,
Donnerstag, 12. Januar,
Abends 8 Uhr:
Gr. Militär-Concert
verbunden mit internationalem Meisterschafts-Rennen von dem preisgekrönten Herrn
Carl Schmarowsky.
Entree 30 Pl. 49/16

Schmiedel's Festsäle,

Alte Jakobstr. 32,
neben dem Thomas-Theater.
Empfehle meine elegant ausgestatteten Säle, elektrisch beleuchtet, Theaterbühne etc. zur Abhaltung jeder Art Festlichkeit unter kulantesten Bedingungen.
G. Schmiedel Wwe.

Ein grosser Posten schadhafter Steppdecken

mit kleinen Steppfehlern!
à 3, 4, 5 M. Werth das Doppelte!
circa 1000 Stück schwere bunfarbige **Normal-Schlafdecken**
mit kleinen Maschinensflecken, in reizenden Jacquard-Mustern, Größe 150 x 200 cm.
per Stück **4,50 M.** sonstiger Preis 9 M.
Meine illustrierte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franco. 8558L
Steppdecken-Fabrik **Emil Lefèvre,**
Berlin S., Oranienstraße 158.

Jede Uhr unter Garantie

loftet bei mir zu repariren (außer Bruch) **1,50 Mk.**
Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, Naunynstr. 38,
u. d. Oranienplatz
Warnung.
Meine Frau Luise Bräuer, geb. Zimmer, erluche auf meinen Namen nichts zu borgen, da ich für nichts aufkomme.
Otto Bräuer,
Tischler, Pattenfen.
Saal täglich frei Bärthstr. 45. [880b]

Centralverein deutscher Böttcher.

Sonnabend, 14. Januar, im gr. Saale des Böhmischen Brauhauses, Landsberger Allee Nr. 11—13:

Großer Wiener Maskenball.

Anfang 8 1/2 Uhr. Billet 50 Pf.
Billets sind zu haben bei G. Burbig, Straußbergerstr. 29; L. Lorenz, Subenerstraße 12a, vorn 1 Tr.; H. Winter, Mantauelstr. 92. 112/2
Freunde und Gönner ladet hierzu freundlichst ein Das Comité

Große öffentliche Versammlung der Maler, Lackirer, Anstreicher

und verwandten Berufsgenossen
am Freitag, den 13. Januar 1893, Abends 8 Uhr,
im oberen Saale der Gratweil'schen Bierhallen,
Kommandantenstraße Nr. 77—79. 234/6
Tages-Ordnung:
1. Das Vorgehen der Berliner Maler-Zunftung betr. den Gehilfen-Ausschuss. 2. Wahl der Erfahrmänner zum Gewerbegericht. 3. Verschiedenes.

Berlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Berlin SW., Seuthstraße 2.

Sozialpolitisches Handbuch.

von
Dr. H. Lux-Magdeburg.
Groß Oktav, XX und 396 Seiten mit einer Tabelle: Vergleichende Zusammenstellung der Arbeiterlohn-Bestimmungen in den einzelnen Ländern.
Preis: broschirt 1,50 M., in Gädcherband geb. 2 M.
Auch in 5 Lieferungen à 30 Pfennig.
Einbanddecken 20 Pfennig. 400/5

Mit dem „Sozialpolitischen Handbuch“ hat der Verfasser, unterstützt von hervorragenden Mitarbeitern, ein gedrängtes Kompendium geschaffen, das für unsere Genossen, die sich der Agitation widmen und dem Gegner gegenüber immer schlagfertig sein müssen, ein willkommenes Hilfsmittel sein wird. Das Thatsachen- und Zahlenmaterial aus unserer Parteiliteratur, die bei ihrem steten Wachstum geistig durchzuarbeiten immer schwieriger wird, findet sich in demselben in praktischer Weise zusammengestellt, so daß Fragen über unsere Bewegung, ihre treibenden Kräfte und ihre wirtschaftlichen und politischen Widerstandsmomente leicht nachgeschlagen werden können. Nicht zuletzt werden auch unsere Reaktionen, sowie alle an der geistigen Herstellung unserer Pressezeugnisse Thätigen ein geeignetes Nachschlagebuch mit obigen Werken erhalten.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Alle Buchhandlungen, Kolporture und Zeitungsbedeure nehmen Bestellungen entgegen. — Bei Aufträgen von außerhalb ersuchen wir um gleichzeitige Einfindung des Betrages (Porto extra).

Güther Langensalza'er Kantabak

von Gebrüder Adler.
3106U
Zu haben in den meisten Tabakhandlungen Berlins und Umgegend.
Cigaretten, Cigroslager in den Preislagen von M. 25.— bis M. 100.—;
Haupt-Niederlage: Jüdenstraße 20.

Sängerverein (Mitglied des Arb.-Sängerb.)

wünscht tüchtigen Dirigenten auf Freitag Abend von 9—11 Uhr. Offerten mit Angabe des Honorars einzusenden unter S. S. postlagernd Postamt Boeckstraße. 8826

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins

Andreasstr. 23. S.p
Schaufgeschäft, gut gehendes, in Umständen halber soj. zu verkaufen bei Bräuner, Lothringersstr. 67. 875b

Homöopathische Klinik, Brunnen-

straße 40. Spr. 11—12, 4—5. Stg. 9—10.
Maschengardrobe. Neu, f. Herren u. Damen, preiswerth. Hochzeitskleider, Gesellschafts-, Ballkleider. **Acanderstraße 34.** 47/9
Ein Sopha verkauft der Verwalter Admiralsstr. 8. 801b

C. Boll, Wienerstr. 1 empfiehlt sein

Weiß- u. Vairisch-Bierlokal Winter-Regelbahnen Vereinszimmer u. d. sind noch frei

Arbeitsmarkt.

Redakteur-Gesuch
Zur selbständigen Leitung eines täglich erscheinenden Partei-Organs wird ein Redakteur gesucht, der auch agitatorisch thätig sein kann.
Offerten unter O. H. an die Exped. erbeten.

Tüchtiger Rahmenschneider verlangt Kottbuser Ufer 32. 878b

Suche für meinen Sohn eine Barbier- u. Friseurlehre. Albrecht, Kastanien-Allee 38, D. 2 Tr. 877b

Ausfüger 876b
verl. Augsburger- und Lutherstr.-Gde.
Hierzu zwei Beilagen.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

18. Sitzung vom 11. Januar 1893, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Bötticher, v. Malhahn, v. Nibel u. A.

Die erste Beratung der Brauereivorlage wird fortgesetzt.

Abg. Grillenberger (Soz.): Die Beratung, die gestern ihren Anfang genommen, ist in der Presse als eine rein akademische bezeichnet worden. Man kann sie ebenso gut als überflüssig bezeichnen, weil man nicht weiß, ob die verlangte Steuer überhaupt notwendig sein und ob die Militärvorlage angenommen wird. Man könnte sie als eine Distillation aus Langerweile zur Förderung der Langenweile bezeichnen. Gestern brachten erst die Herren von der Regierung durch Erklärungen etwas Farbe in die Diskussion. Ich spreche zur Sache nicht allein vom Parteistandpunkte, sondern auch namentlich vom bayerischen Standpunkte aus, da es so dargestellt wird, als ob sie uns Bayern gar nichts angehe. Der Reichstanzler hat seiner Zeit erklärt, daß er alle Vorlagen nach den Wirkungen, welche sie voraussichtlich auf die Sozialdemokratie ausüben würden, beurtheilt und namentlich von der Militärvorlage erklärte er, daß sie durch ihr Prinzip der Gleichheit eine günstige Wirkung auf sie ausüben würde. Von der Steuervorlage wird er das jedenfalls nicht behaupten wollen. Die Gesamtbelastung infolge der Militärvorlage soll pro Kopf der Bevölkerung nicht mehr als etwa 1 M. jährlich ausmachen. Aber so rechnet der nicht, der zu der Klasse gehört, welche die neuen indirekten Steuern hauptsächlich wieder tragen wird. Eine Arbeiterfamilie von fünf Kindern muß schon jetzt jährlich 80 bis 85 M., also ein Fünftel des Einkommens an Steuern erlegen. Daß schließlich mehr als 1 Pfennig Preiserhöhung auf das Seidel und pro Liter mehr als 2 Pfennig herankommen werden, ist klar, so daß eine Mehrbesteuerung von 12, 20, ja sogar 30 M. bei der Brauereivorlage herauskommen wird. Die minderbemittelten und garnichts besitzenden Klassen werden schließlich die Steuer zu tragen haben. Die Regierung hat die Steuer als keine erhebliche Konsumsteuer aufgefaßt, wie dies sich in den Motiven ausdrückt. Abg. Gomp hat sie offener als die Regierung der Ansicht und dem Inhalt nach als eine Konsumsteuer bezeichnet. Es hat mich gerührt, dieses von einem Herrn zu hören, der außerhalb des Hauses als Geheimer Ober-Regierungsrath eine hohe Stellung im Beamtenstand einnimmt. Er hat auch den Beteiligten allerlei gute Rathschläge in die Hand gegeben, wie die Wirkung der Besteuerung auf den Preis aufgehoben werden könne durch dünneres Eindringen, Ausschalten unter dem Strich u. s. w. Er scheint nicht zu wissen, daß das Letztere bereits eine allgemeine Gepflogenheit der Bierwirthe ist, auch in München, und darauf beruht der Nutzen der Ausschalter. Da in Norddeutschland wenig nach einzelnen Pfennigen gerechnet wird, so meint man, daß man keine Preiserhöhung eintreten lassen könne. Man würde aber dafür eine Verringerung des Maßes eintreten lassen, indem man anstatt $\frac{1}{10}$ Liter für 15 Pf., $\frac{1}{2}$ Liter für 20 Pf. oder statt $\frac{1}{10}$ Liter $\frac{1}{4}$ Liter für 10 Pf. ausschaltet. Die neu geplante Steuer ist eben weiter nichts als eine Vermehrung der indirekten Steuern, die wir für verderblich halten, weil sie ganz oder fast ausschließlich von den minder besitzenden Klassen getragen werden. Man sagt, daß das Bier in der That einen gewissen Nährwerth habe, aber die Regierung hat keine Rücksicht darauf genommen. Sie ist schon früher mehrfach mit Steueranträgen in dieser Beziehung an den Reichstag herangetreten und regelmäßig damit abgewiesen. Jetzt, angesichts der geplanten Mehrausgaben zu Militärzwecken, glaubt man wohl den richtigen Zeitpunkt für die Erhöhung der Steuer herangekommen. Wir beantragen im Jahre 1893 für die norddeutsche Brauerei-Gemeinschaft ein ähnliches Gesetz einzuführen, wie es in Bayern in Bezug auf die bei der Brauerei verwendeten Surrogate besteht. Die Regierung erklärte damals, ohne Steuer-Erhöhung der von uns und von den Nationalliberalen eingebrachten Resolution keine Folge leisten zu können. Gelegentlich dieser Diskussion hatte sich mein Kollege Auer einen Ordnungsruf zugezogen, weil er der Regierung „Dichthäufigkeit“ vorgeworfen hatte. Heute könnte doch mit Recht ein solcher Vorwurf der Regierung gegenüber erhoben werden, denn sie fordert die Verdoppelung der Brauereisteuer, ohne sich zu einem Verbot der Surrogate aufzuschwingen. Wir finden im Steuerentwurf alle Dinge, die zur Bierbereitung in Norddeutschland zugelassen sind, wieder als Steuerobjekte aufgezählt. Ich finde es nicht besonders vorkommlich, wenn man alle diese Dinge wieder als zulässig für die Bierbereitung aufzählt. Man hätte doch wenigstens, um den Schein der bloßen Gelfschneiderei zu vermeiden, den Antrag einbringen sollen, daß die Surrogate endlich verboten werden. Aber man hat sich gewiß gedacht, daß dann die kleineren und mittleren Brauereien gar nicht existiren könnten. Vor kurzer Zeit hat eine Brauerverammlung in Leipzig sich gegen das Verbot der Surrogate ausgesprochen, ein Beweis, daß uns nach der Steuererhöhung eine Verschlechterung des Bieres bevorstehen würde. Wenn die Biere in Norddeutschland besser wären, würden die Leute auch, wie in Bayern, jährlich mehr als 200 Liter pro Kopf verbrauchen können. Ist in Norddeutschland der Konsum so gering, weil das Bier nicht taugt? oder ist das Bier so schlecht, weil der Konsum so gering ist? Wenn Abg. Köstke behauptet, daß der norddeutsche Markt beim Ausschalt des Bieres 12 bis 17 M. Epfen habe gegenüber $\frac{2}{3}$ bis 3 M. in Bayern, so liegt darin eine kolossale Uebertreibung. Bayern steht durchaus nicht auf solchen halbbarbarischen Standpunkte; die bayerischen Restaurationen sind keineswegs elende Lokale, die die Leute wie Heringe zusammengedrängt sitzen. Vergleicht man ein Durchschnittslokal in Bayern mit einem solchen in Norddeutschland, so fällt der Vergleich in sehr vielen Fällen zu gunsten Bayerns aus; dabei ist das Bier bei uns lange nicht so theuer. Wir haben in den größeren Städten eine große Anzahl von besseren Bierlokalen, die sich im Punkt der Raumverhältnisse und der gediegenen Ausstattung sehr wohl mit den Bierpalästen in Berlin und anderen norddeutschen Städten messen können, keine Spielunten, wie die Berliner Budite oder der pommerische Krug. Trotz alledem wird dort das halbe Liter gutes Versandbier für 15 Pf. verkauft. Das ist ein Beweis dafür, daß allerdings in Norddeutschland seitens einer Anzahl von Brauereien ein ungerechtfertigt hoher Profit genommen wird. Ich meine vor allen Dingen die großen Aktienbrauereien mit ihren kolossalen Dividenden. Die Vertreter von Pilsener und Schultheis haben wohl gestern im allgemeinen Interesse der Brauer gesprochen, aber gerade die großen norddeutschen Aktienbrauereien erzielen einen hohen Gewinn. Wo dies nicht der Fall ist, ist es darauf zurückzuführen, daß diese Etablissements gegründet wurden, als die Gründungswuth in vollem Gange war. Das Kapital wurde nur mit sehr geringen Prozenten eingezahlt. Ich will mit meinen Ausführungen keineswegs der Regierung bezüglich der Steuervorlage Recht geben, sondern nur den Uebertreibungen der Brauer entgegen treten. Abg. Köstke hat gestern vom richtigen Unternehmerstandpunkte ausgeführt, was dem arbeitenden Volk nach der Steuererhöhung bevorstehen würde: die Arbeitslöhne würden herabgesetzt werden. Der heutige Großkapitalist kann von seinem

Standpunkte aus gar nicht anders handeln. Der Profit ist ihm die Hauptsache. Er berechnet, wie viel nach Auslegung der neuen Steuer an Dividenden und Zantlöhnen übrig bleibt. Sinkt die Dividende durch die Biersteuerverhöhung, so sagt sich der Kapitalist, daß nun zunächst das Bier schwächer eingekauft und die Löhne heruntergesetzt werden müssen. Brauereien, wie die Pilsener, die einmal 42 Prozent Dividende vertheilte (allerdings wird diese Annahme nicht auf die Verwerthung des Bieres, sondern auf Grundstücksveräußerungen und dergleichen zurückgeführt: man hat darnach die jungen und alten Aktien vereinigt, damit die Dividenden nicht mehr so hoch werden), werden durch die Steuer weniger getroffen. Ich will die Münchener Brauer nicht weis machen, sie zahlen thätlich den Brauergehilfen nicht mehr jährlich als 1100 M., ich bestreite aber, daß der Durchschnittslohn in Berlin für Brauergehilfen 1500 M. beträgt. Allerdings ist die Arbeitszeit in Berlin etwas länger, aber das macht nicht viel aus. Das waschechte ultramontane „Münchener Fremdenblatt“ schilderte vor kurzem die Arbeitsverhältnisse in den Münchener Brauereien. Danach dauert die Arbeit von früh 3 bis Abends 7 Uhr, es herrscht die reine Menschenkammer, beim geringsten Versehen treten beträchtliche Ordnungsstrafen ein. So ist es z. B. in der „Edenbrauerei“, welche im vorigen Jahre einen Netto-Ueberschuß von 1 Mill. Mark erzielte. Auch die norddeutschen Brauer werden nach der Steuererhöhung die Arbeiter in erhöhtem Grade ausnutzen. Schon jetzt ist aus Brauerkreisen ein Antrag an den Bundesrath gegangen, die Sonntagsruhe in den Brauereien erheblich abzulösen. Auch nach anderer Richtung hin wird die Erhöhung der Brauereisteuer erdrückend wirken. Im Jahre 1879 wurde in Bayern der Malzausschlag von 4 auf 6 Mark pro Hektoliter provisorisch bemittelt und alle zwei Jahre prolongirt, bis im Jahre 1888 definitiv festgelegt wurde, auf Anfrage eines deutschfreimüthigen Abgeordneten, was auch bezeichnend für gewisse Zustände in der freimüthigen Partei ist. Der Reichstagssekretär führte aus, daß der Umstand, daß die Zahl der Brauereien von 1879—1889 um etwas über 200 zurückgegangen ist, seinen Grund darin habe, daß der Zug vorhanden sei, das Brauereigewerbe mehr kapitalistisch zu betreiben. Die kleinen Brauereien würden auch ohne Erhöhung des Malzausschlages zu Grunde gegangen sein. Aber diese Statistik erstreckt sich nur bis 1888; was seit der Zeit vorgegangen ist, wird uns nicht mitgetheilt. Herr von Nibel betonte, daß die Einführung der Staffel-Besteuerung sehr günstig auf die kleinen Brauereien gewirkt habe. Ich bestreite diese günstige Wirkung, wenn er uns nicht mittheilen kann, um wie viel sich seit der Zeit die Zahl der kleinen Brauereien vermehrt hat. Die Regierung hat uns eine Statistik unterbreitet, aus der hervorgeht, daß die Zahl der im Betriebe gewesenen Brauereien seit 1873 von 13 561 auf 8969, also um rund 4600 Betriebe zurückgegangen ist, und zwar gerade in den Stufen, die lediglich bis zu 1500 M. Brauerwerb bezahlen. In Bayern soll die Zahl der Betriebe nur um 200 zurückgegangen sein, aber die gegenwärtigen Ziffern werden wohl etwas anders lauten. So lange das Provisorium der Malzausschlagserhöhung in Bayern bestand, mögen ja noch einige Brauer gedacht haben, daß es aufhören würde — eine recht naive Auffassung. Was die Finanzminister einmal haben, das geben sie nicht wieder heraus. Da macht der bayerische Finanzminister nicht nur keine Ausnahme, sondern er ist seinen Kollegen in Deutschen Reiches noch ganz erheblich über. Und als Herr v. Malhahn mit dem bayerischen Minister im Hochgebirge war, ich weiß nicht, ob um Vöde zu schießen oder sich über die Biersteuer zu unterhalten (Geisterleit), mögen die Belehrungen des Herrn v. Nibel wohl von Einfluß auf die Gestaltung der Biersteuervorlage gewesen sein. Als 1888 die Malzausschlagsteuer in Bayern definitiv eingeführt wurde, stieg der Bierpreis sofort um 10 Pf. pro Liter. Das Hofbräuhaus, dessen Verwaltung Herr von Nibel ja zugleich ist, hat allerdings eine Ausnahme gemacht, und damit zeigen wollen, daß man trotz des Ausschlags am alten Preise festhalten könne. Aber Kenner und Stammgäste des Hofbräus behaupten, daß das Bier seit der Zeit doch erheblich dünner geworden ist. (Geisterleit.) Die bayerischen Beamten, die damit zu thun haben, thun sich viel leichter, wie man bei uns in Bayern sagt, als ihre Kollegen anderwärts. Die Meinung, daß wir von den vorliegenden Steuergesetz wenig berührt würden, ist eine überaus irrige. Wir zahlen dafür, daß wir in Bayern unsere eigene Bierbesteuerung haben, ein ziemlich bedeutendes Aversum. Das Mehr dieses Aversums würde nach Annahme der Vorlage 3 1/2 Millionen Mark betragen. Dazu kommt, daß die Matrikulbeiträge ohnehin auf 48 Millionen Mark erhöht werden müssen, daß wir 7 Millionen an einmaligen, 8 Millionen Mark an fortlaufenden Ausgaben ausbringen haben, so daß Bayern durch die Militärvorlage und die damit zusammenhängende Erhöhung der Brauereisteuer mit 12—13 Millionen Mark mehr belastet wird. Gegenwärtig hat man in Bayern noch Ueberschüsse, aber die werden auch nicht lange reichen, zumal in den letzten Jahren die Gehälter der höheren Beamten bedeutend erhöht worden sind. Man wird also auch bei uns zu einer neuen Steuer oder zur Erhöhung einer direkten Steuer oder abermaliger Erhöhung des Malzausschlages zurückgreifen müssen. Daran mögen unsere Kollegen, die nicht das Glück haben, bayerische Staatsangehörige zu sein, ersehen, daß wir ein Interesse daran haben, gegen die Militärvorlage und die erhöhte Biersteuer innerhalb der norddeutschen Brauereigemeinschaft zu stimmen. Die 2 1/2 Millionen mehr des Aversums liegen uns schon jetzt schwer im Magen. Herr von Nibel hat schon darauf hingewiesen, daß es auch in Bayern sehr viele Gegenden giebt, wo wenig oder gar kein Bier getrunken wird. Die Leute würden dort sehr gerne Bier trinken, aber sie können es nicht. Aus den Sonntags-Generalberichten geht hervor, daß der Bierkonsum in Bayern von 1877 bis 1886 um ca. 80 000 Hektoliter zurückgegangen ist, ein Rückgang, der sehr erheblich ins Gewicht fällt, zumal die Bevölkerung in der Zeit bedeutend zugenommen hat. Der Rückgang fällt in die Zeit, da zum ersten Male der Malzausschlag um 50 pCt. erhöht wurde. In Großenhausem in dem gegangenen Altbayern ist nach dem Berichte des dortigen Bezirksarztes wegen der Theuerung des Bieres der Schnapskonsum in schneller Zunahme begriffen, und selbst Säuglinge bekommen schon Schnaps als Schlafmittel in der Obersalz; viele Magenkrankheiten entstanden infolge schlechter Nahrung und zunehmenden Schnapsgenusses. In Oberfranken, speziell im Frankenwalde nimmt der Schnapskonsum in erschreckender Weise zu, ein Beweis, daß die Verhältnisse sich allgemein verhalten, daß die Leute nicht mehr das Bier bezahlen können, trotzdem es in Bayern noch viel billiger ist als in Norddeutschland. Ich führe Ihnen das als warnendes Exempel vor, um Ihnen zu zeigen, wohin die Bierbesteuerung führen wird. In vielen ländlichen Gegenden Bayerns hat es in den 60er bis 70er Jahren keine Landstädte gegeben, wo das halbe Liter Bier mehr als 10 Pf. gekostet hat. Jetzt sind nur noch sehr wenige solcher Bezirke vorhanden, das halbe Liter kostet jetzt 12, 13 und in den sogenannten besseren Lokalen sogar 15 Pf. Wird die Biersteuer erhöht, dann wird man sich im Allgemeinen, wie im Hofbräuhaus, damit helfen, das Bier dünner zu machen, oder die Gläser weniger voll zu schenken. Unser Standpunkt läßt sich dahin zusammenfassen: wir sind in erster Linie Gegner jeder indirekten Besteuerung und infolge dessen auch der Steuer, die ein so wichtiges

Genusmittel der arbeitenden Bevölkerung vertheuern muß. Wir haben es in der That mit einer Konsumsteuer zu thun; denn die Abwälzung auf die Konsumenten wird eintreten. Aber selbst wenn dies nicht der Fall wäre und es lediglich eine spezielle Gewerbesteuer wäre, um die besonders günstig situierten großen Brauereien zu treffen, würden wir auch dann nicht zustimmen, weil es eine Ungerechtfertigkeit ist, einzelne Erwerbszweige in Deutschland bluten zu lassen für das, was Ihrer Anschauung nach der ganzen Nation zu gute kommen soll. Die Brauer könnten ja sagen: warum zieht man nicht Bergwerksbesitzer heran, wo 85 pCt. Dividende bezahlt werden, oder die großen Eisenwerke Krupp, Stumm und Genossen, namentlich da diese letzteren von dem Militarismus große Vortheile ziehen? Sie verkaufen ja ihre Eisenbahnschienen an das Ausland billiger als an das Reich, also müssen sie auch einen großen Gewinn daraus ziehen. Ebenso verhält es sich mit den Zuckerfabrikanten, die seit einer Reihe von Jahren Begünstigungen genießen, die durch nichts gerechtfertigt sind. Die Brauer werden diese Mehrbesteuerung nicht auf sich sitzen lassen, denn zuerst kommt der Profit, die Dividende in Betracht, und wenn diese geschmälert wird, kommt die Abwälzung auf das Publikum und man wird schließlich auch in Norddeutschland zu einzelnen Pfennigen beim Bierpreis greifen, wo in weiten Kreisen bisher nur die Abwälzung auf 5 Pfennige übliche Rechnungsweise ist. Wir haben nun, wenn wir diesen ablehnenden Standpunkt einnehmen, trotzdem die Verpflichtung, uns die Frage vorzulegen: wenn die Militärvorlage doch angenommen werden sollte, wozu bis jetzt ja noch wenig Aussicht vorhanden ist, wie sollen die Kosten dafür aufgebracht werden? Jemand ein bürgerliches Blatt in Berlin hat den Vorschlag gemacht, man sollte doch eine Equipagensteuer einführen, aus der könnte man 20 Mill. Mark heraus schlagen. Gegen eine derartige Steuer hätten auch wir erheblich weniger einzulegen als gegen die Brauereisteuer. Oder führen Sie doch eine Einjährig-Freitwilligen-Steuer ein. Die Söhne der reichen Geschäftsleute, die einjährig dienen, haben von dieser kurzen Dienstzeit einen ganz erheblichen Gewinn, so daß sie ganz gut eine Extrasteuer von 500—1000 M. tragen können. Auch die gänzliche Aufhebung der Liebesgabe für die Schnapsbrenner-Varone würde allein nahezu die ganze Geschichte decken. Aber wenn nun einmal die oberen Zehntausend wieder bewilligen wollen, dann sollten sie auch dafür sorgen, daß nicht bloß der große Haufen zahlt, sondern daß der Patriotismus sich auch bei ihnen zeigt, indem sie etwas aus ihrer eigenen Tasche bezahlen. Aus den kolossalen Vermögen, die die neue preussische Einkommensteuer ermittelt hat, werden so kolossale Einkünfte gezogen, daß sie leicht eine Steuer von 10 pCt. ertragen können. Es könnten davon nicht nur die nach Ihrer Ansicht so notwendige Erhöhung der Militärlasten, sondern die ganzen Militärausgaben bestritten werden. Wir werden keinen Mann bewilligen und keinen Pfennig für das Liter und auch nicht für das Hektoliter Bier. Ich möchte Ihnen den Rath geben, diese Steuervorlage gar nicht erst in die Kommission zu bringen, sondern sie von vornherein hier im Plenum in den Ortas zu befördern.

Bayrischer Finanzminister v. Nibel: Die unrichtigen Behauptungen, welche über die bayerischen Verhältnisse hier gestern und heute vorgebracht sind, sind jedenfalls optima lida gemacht worden; aber sie lehren bloß, daß man sofort zu irrigen Schlüssen kommt, wenn man einzelne Zahlen herausgreift, ohne die ganze Entwicklung übersehen zu können. Ich behaupte zunächst, daß der Bierpreis für den halben Liter noch in großen Theilen Bayerns, wahrscheinlich im allergrößten Theile, noch auf 10 Pf. steht. Das ist der Fall in ganz Niederbayern, in Oberfranken, in der Oberpfalz. Die sämtlichen Mittheilungen, die ich machte, beruhen auf amtlichen Zahlen und Ermittlungen. Das Bier ist seit der Erhöhung des Malzausschlages nicht theurer, auch nicht schlechter geworden. In letzterer Beziehung kann ich ja nur Meinung gegen Meinung setzen; aber nach meiner Meinung, welche von verschiedenen Schriftstellern, die sich gründlich mit der Frage beschäftigt haben, ist es ganz erheblich besser geworden. Auch was Herr Grillenberger von der Verminderung der kleinen Brauereien gesagt hat, trifft nicht zu. Im Hofbräuhaus bin ich mit dem Preise nicht hinaufgegangen, weil der Verdienst des Etablissements mir genügend erschien, und das Publikum ist da der bessere Richter als Herr Grillenberger, es hat seit Erhöhung des Malzausschlages viel mehr Hofbräu getrunken. (Geisterleit.) Ueber den Bierkonsum haben wir vor 1879 überhaupt keine Statistik gehabt; der Rückgang des Konsums auf den Kopf bedurfte nicht eintreten nach der Einbeziehung der Pfalz in die bayerische Biersteuer-Gemeinschaft, wodurch 60—70 000 Nichtbiertrinker in diese Gemeinschaft übernommen wurden, da in der Pfalz der Bierkonsum nur sehr gering war. Die Schwankungen in dem Konsum sind aber auch sonst ganz unebenmäßig, ohne daß irgendwo ein Einfluß der Steuer darauf bemerkbar wäre. Was den Schnapskonsum betrifft, so stelle ich hiermit fest, daß derselbe seit 1887 in Bayern abgenommen hat. Wenn Herr Grillenberger die Grundfähe der bayerischen Finanzverwaltung kennen lernen will, so wird er bei näherem Studium bald herausfinden, daß wir einerseits den Kleinen, Schwächeren zu schonen trachten und deshalb die direkten Steuern in den Jahren meiner Verwaltung auch nicht um einen Pfennig erhöht haben, daß wir aber auch bei den indirekten Steuern bemüht waren, für die Kleinen thunlichst Erleichterung zu schaffen. Allein den Malzausschlag haben wir 1889 durch die eingeführte Abstufung um 2 1/2 Millionen ermäßigt. In der Rechnung des Herrn Grillenberger über die Kosten der Militärvorlage für Bayern bedingt sich auch der Fehler, daß er die laufenden Ausgaben doppelt rechnet. Diese laufenden Ausgaben werden bekanntlich Bayern vom Reiche gezahlt.

Staatssekretär v. Malhahn: Das Verbot der Surrogate ist in der Vorlage deshalb nicht enthalten, weil es nicht in der Absicht lag, in die bestehenden Verhältnisse tiefer einzugreifen, als absolut notwendig war.

Abg. Müller (naltib.): Auf die Vorschläge, welche Herr Grillenberger zur Deckung des Mehrbedarfs gemacht hat, läßt sich erwägen wohl kaum eingehen. Die Equipagensteuer mit 20 Millionen ist lediglich ein Phantasiereprodukt. Gegen angemessene Kurzsteuern würde ich nichts haben, aber sie bringen erfahrungsgemäß nur ganz kleine Erträge. Auch die Besteuerung des Schaumweins, die ja ursprünglich geplant gewesen sein soll, hätte nicht Genügendes abgeworfen. Was die Vorlage betrifft, so kann ich den Vertretern der Regierung den Vorwurf nicht erheben, daß sie durch die Herstellung und namentlich durch die Begründung der Vorlage die Opposition gegen dieselbe im Lande erst hervorgerufen haben. Diese Opposition ist im Reiche eine ganz gewaltige und berechtigte. Mein Wahlkreis ist in erster Linie an der Brauerei interessiert. Kaum eine deutsche Stadt wird so mit der Brauerei verknüpft sein wie Dortmund. Gegen die Ausdehnung der Besteuerung überhaupt verhalte ich mich nicht ablehnend; aber diese Ausdehnung nach den Vorschlägen der Vorlage ist unmöglich. Die Vorlage vergift vollständig, daß in der Brauereigemeinschaft ein Bierlet allen Bieres über-gähriges ist. Das Braumbier ist in weiten Bezirken Norddeutschlands ein Nahrungsmittel der Familie. Auch ich siehe auf dem Standpunkt der Brauereivertreter, die gestern gesprochen haben, daß für die unterjährigen Biere das Verbot der Surrogate ein großer Segen wäre. Sehr bedenklich

und fast sozialistisch ist der Geh der Motive, daß die durch die Steuererhöhung erfolgende Vertheuerung des Bieres auf das Aler sich „ohne Uebervertheuerung des Publikums“ nicht darstellen läßt. Im großen und ganzen ist es aber unfruchtbar, in die Debatte der Einzelheiten einzutreten, bevor wir wissen, welcher Bedarf denn eigentlich als nöthig sich herausstellen wird. Daß die Militärvorlage in ihrem ganzen Umfange nicht angenommen wird, darüber besteht wohl kein Zweifel mehr; es hat also keinen Sinn, über die Vorlage weiter zu verhandeln, ehe man das wirkliche Bedürfnis kennt. Namens meiner Freunde beantrage ich demnach, die Vorlage der großen Militärgefeß-Kommission zu überweisen und mit der Verathung erst nach Erledigung der Militärvorlage zu beginnen.

Staatssekretär von Makahn: Ich bin dem Vordrucker für diesen Vorschlag wegen der geschäftlichen Behandlung der Vorlage sehr dankbar. Was er von den obgedachten und untergeordneten Bieren bemerkt hat, trifft insofern nicht zu, als die Durchschnittszahl von 19,8 Pf. als Differenz zwischen dem Brauer- und Schankpreis, wie ich schon gestern erklärt habe, sich nur auf die untergeordneten Biere bezieht. In Berlin ist diese Zahl noch viel höher, sie steigt dort bis zu 27 Pf.

Hg. Dr. Vachem (Z.): Die Debatte würde viel länger ausgefallen sein, wenn die erste Lesung bis zur Entscheidung über die Militärvorlage hätte hinausgeschoben lassen. Wenn in der Militärkommission eine Vereinbarung etwa auf Grund der Vorschläge des Zentrums gefunden würde, so hätte man doch dies Steuerbouquet nicht nöthig, sondern lies die eine oder die andere. Ich habe persönlich zu erklären, daß die Biersteuer als Mittel der Deckung des Bedarfs weitaus die unerwünschteste Steuer ist. Die Statistik der Brauereien zeigt uns einen ganz kolossalen Rückgang der kleinen und mittleren Brauereien zum Nutzen einer ganz kleinen Anzahl von größeren und kolossalen Betrieben. Dieses Ergebnis ist durchaus nicht geeignet, uns zu befriedigen. Das Brauereigewerbe ist nicht notwendig auf den Großbetrieb angewiesen. Eine zweckmäßige Besteuerung würde also dieser unerwünschten Entwicklung einen kräftigen Damm entgegenzusetzen haben; aber die Vorlage läßt in diesem Punkte Alles vermissen. Die kleinen Brauereien sind meist nicht im Stande, den Braustoff vollständig auszunutzen; sie werden also von der Erhöhung härter betroffen als die übrigen Betrieben. Der Schutz des Meingewerbes, des Mittelstandes, ist eines unserer Hauptziele; der Mittelstand muß zwischen Großkapital und Arbeitern gewissermaßen als Puffer erhalten bleiben (weiterer Teil bei den Sozialdemokraten). Ich will sie nicht als Puffer erhalten, sondern weil sie das gesunde und kräftigste Element sind. Sie (zu den Sozialdemokraten) wollen ja gerade den Arbeiter hindern, zum Mittelstand emporzusteigen. Sie wollen den Mittelstand zerreiben haben. (Widerpruch links.) Ich kann einer Biersteuer aus diesem Grunde das Wort nicht reden. Nun hat man uns in einer Petition von Hildesheim einen Staffellaris vorgeschlagen, der ganz kräftig wirken könnte, aber darauf ist keine Aussicht, obwohl das Heil nur in der Einschränkung der Großbetriebe zu Gunsten der kleinen Betriebe liegt.

Hg. Brömel (Hr.): Die Anregung des Vordruckers ist denn doch, wie er wohl selbst einseht, noch nicht geklärt genug, um die Gesetzgebung zu beschäftigen. Man könnte seinen unglücklicheren Versuch machen als den, den ungelärten Gedanken des Herrn Dr. Vachem in der Kommission zu klären. Zu dem Bundesgenossen, welchen der Staatssekretär heute in Herrn Grillenberger gefunden hat, kann ich ihm nicht gratulieren. Wie der Herr Staatssekretär geht auch Herr Grillenberger davon aus, daß eine Bescheidung zu großer Gewinne durch irgend welche Gruppen von privaten Gewerbetreibenden durch den Fiskus gerechtfertigt ist, nur daß Herr Grillenberger hierbei viel konsequenter verfährt und schließlich bei der Vermögenssteuer von 10 pSt. ankommt. Auf eine solche Basis der Steuerpolitik sollte aber eine Regierung niemals treten. Das Reich hat überhaupt nicht das Recht, auf solchen Umwegen direkte Steuerbestimmungen einzuführen. Wenn man jetzt einfach einen einträglichen Artikel oder diejenigen, die daran verdienen, als geeignete Steuerobjekte herausgreift, so möchte das sehr auf steuerpolitische Regierungen hinauskommen. (Vizepräsident Dr. Baumbach erklärt diesen Ausdruck für parlamentarisch doch wohl kaum zulässig.) Ganz abgesehen von der Frage, ob die Ueberwälzung voll geschehen kann, entsteht schon aus der Thatsache, daß die Brauereien die Steuer verauslagten müssen und sie nachher von den Schankwirthen wieder einzuziehen versuchen, ein Verzweiflungskampf, der sowohl die nicht genügend kapitalkräftigen Brauereien als die Schankwirthe aufs äußerste bedroht. In den Speisen wird bei den Restaurateuren erfahrungsmäßig nichts verdient; die ganze Last der Ausgabe wird auf das Bier geworfen. Können die Gastwirthe den Bierpreis nicht erhöhen, so müßten sie den Preis der Speisen erhöhen, ein ebenfalls höchst bedenklicher Ausweg. Der in den beiden letzten Jahreszahlen mächtig aufgewachsene Flaschenbierhandel, speziell in Berlin, beweist, daß, wenn der Bierpreis nicht herabgegangen, so doch die Qualität des Bieres ganz erheblich besser geworden ist. Die Steuererhöhungen würden also durch die Verschlechterung des Bieres direkt die Konsumenten treffen, welche ohne Vermittelung irgend welchen Zwischenhandels das Flaschenbier von der Brauerei beziehen. Jedenfalls ist jede neue Steuer für Reichszwecke zu verwerfen, ehe die ganz ungerichtigste Liebesgabe an die Branntweinbrenner beseitigt ist. (Lebhafte Zustimmung links.) Am besten wäre es wirklich, der Reichstag lehnte ohne Kommissionsberatung die Vorlage pure ab; wenn aber Kommissionsberatung durchaus sein soll, so hoffe ich, gleichviel wie das Schicksal der Militärvorlage sich gestalten möge, daß die Erhöhung der Brauereisteuer keine Majorität findet. (Beifall links.)

Hg. Babel (Antisemit): Obwohl wir absolute Gegner der Militärvorlage sind und also auch jeder Belastung des Volkes durch neue Steuern, die hierdurch notwendig werden, Widerstand leisten, so halten wir es doch nicht für unmöglich, daß nach den Vorgängen in den letzten Tagen, namentlich an einer gewissen Stelle am Neujahrstage, diese Militärvorlage doch wider Erwarten zur Annahme gelangt, und deshalb erklären wir hier ausdrücklich, daß wir die Brauereiverhöhung gleichfalls verwerfen. Wir thun dies nicht aus Interesse für die Großbrauereien, bedauern vielmehr tief, daß der Börzen- und Grundungswindel sich aus dem Brauereigewerbe so sehr bemächtigt hat. Die Schriften von Otto Glogau verbreiten darüber sehr viel Licht. Natürlich werden die Brauereien doch versuchen, die neue Steuer auf die Konsumenten abzuwälzen, und sie geschehen das zum Theil auch offen ein. Die Landwirtschaft liefert den Branern Gerste und Hopfen. Die unglücklichen Handelsverträge haben der Landwirtschaft bereits ein Einlen des Wertpreises gebracht von 19 auf 16 M. Und dieser Schädigung wollen Sie heute schon wieder eine neue Schädigung zufügen? Das können wir nicht zugeben. Gerade im Interesse der Landwirtschaft und speziell derjenigen von Hessen lehne ich auf das Entschiedenste die Vorlage ab. Durch die Handelsverträge ist die böhmische und ungarische Brauereierzeugung in Masse nach Deutschland eingeführt worden und haben die österreichischen Malzfabrikate dazu beigetragen, den Konsum deutscher Gerste zu verringern. Dabei hat sich ein großer Theil der Bauern erst neuerdings, weil sie mit Weizenbau nicht mehr weiter kommen, auf Brauereierzeugung geworfen, und sofort kommt die Regierung und erschwert ihnen durch die Vorlage auch hier wieder ihre Existenz! Wird die Vorlage Gesetz, dann werden die Brauer sich dadurch zu helfen wissen, daß sie weiter auf den Gerstepreis drücken; also wird schließlich der Landmann zu bluten haben, wenn die Brauer den Preis bis zu 13 Mark und noch niedriger herunterdrücken. Es erscheint wirklich, als wenn Staat und Regierung nur so darauf losarbeiten, den Mittelstand zu vernichten. Aus diesen Gründen können wir die Vorlage nur einfach verwerfen, um so mehr als auch der Hopfenbau längst unrentabel gemacht wurde durch eine wüste Spekulation. Auch hier würde also lediglich die Annahme der Vorlage die

Landwirtschaft schädigen. Lehnen Sie mit uns also die Vorlage ab!

Hg. von Gerlach (Hr.): Wir haben auch gegen die Vorlage ganz erhebliche Bedenken, die geforderte Steuererhöhung ist schon so oft vom Reichstag abgelehnt worden, daß diesmal außerordentliche Gründe für die Annahme vorliegen müßten. Wir wünschen nun freilich auf das Dringendste eine Verständigung über die Militärvorlage, und wenn diese zu Stande kommt, müssen auch die Mittel beschafft werden. Wir hätten aber gewünscht, daß man die Deckung durch andere Steuern gesucht hätte, so durch die viel höher heranzuziehende Börzensteuer. Die Börzengeschäfte sind für diese Zwecke leistungsfähiger, als das hier in Rede stehende Steuerobjekt. Sollte wirklich das Spekulations-Geschäft sich dadurch verringern, so würde das nicht unter allen Umständen ein Schaden sein. Soll aber dem Brauereigewerbe diese Belastung auferlegt werden, so beweisen wir nicht, daß die Großbetriebe, namentlich die Aktiengesellschaften, sie ohne Schwierigkeit tragen können. Im Einzelnen geht Redner dann noch unter großer Unruhe des Hauses auf die Frage des Verbots der Surrogate und auf die Uebergangsgabgabe ein und empfiehlt schließlich Kommissionsberatung.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen der Hg. Goldschmidt, Köfide und Müller.

Die Vorlage wird der Militär-Kommission überwiesen. Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Nothstands-Interpellation und Branntweinsteuer-Gesetz.

Abgeordnetenhaus.

12. Sitzung vom 11. Januar 1893, 11 Uhr.

Am Ministertische Miquel, Vosse und Kommissarien.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Verbesserung des Volksschulwesens und des Dienstleistungs der Volksschullehrer, wird fortgesetzt.

Hg. Nicker (Hr.): Trozdem ich als Gegner der Vorlage eingeschrieben bin, stimme ich doch mit Herrn v. Minnigerode gar nicht überein, sondern befinde mich mehr im Einverständnis mit Herrn Hohrecht. Herr v. Minnigerode erkennt den Nothstand der Lehrer nicht an; er verweist auf die Beamtenbefolgungen. Diese Frage können wir beim Etat erörtern, wir wollen aber auch für die Lehrer sorgen, für welche wahrlich nicht zu viel gesprochen ist. Herr v. Minnigerode fragt über die Invalidenversicherung. Warum hat er seine gewichtige Stimme nicht früher erhoben, als die Konserativen noch schwanken, ob sie in dieser Beziehung dem Fürsten Bismarck folgen sollten oder nicht? Jetzt möchte man für die Invalidenversicherung sogar die Freimüthigen verantwortlich machen. Hier scheut man ein paar Millionen auszugeben und im Reichstage verlangt man 70 bis 80 Millionen für Heerzwecke! Nicht bloß die Armeen sollte man mit einander vergleichen, sondern auch die Schulen. Dann würde man sehen, wie viel Preußen für seine Schulen noch zu thun hat. In Frankreich kommt auf 46, in Preußen auf 70 Schüler ein Lehrer; 20 000 Klassen sind bei uns überfüllt! Das ist das Preußen mit seinen klassischen Schulen! Namentlich in Posen entfallen 100—140 Kinder auf einen Lehrer. Solche Schulzustände können nicht bestehen bleiben. Die Schule ist ein rocher de bronze des Staates, sie darf nicht neben dem Heere eine Aschenbrödelbestellung einnehmen. Wenn Sie die Diskussion jetzt vermeiden wollen, wir werden sie herbeiführen, um zu zeigen, in welchen Zuständen die Schulen sich befinden. (Beifall links; Zischen rechts.)

Hg. v. Jagzewski (Pole): Mit dem Vordrucker bin ich einverstanden darin, daß an dem Gebiete des Unterrichts eine gesetzliche Regelung notwendig ist; aber wir haben uns überzeugt, daß aus dem Kultusministerium keine Vorlage kommen kann: die uns befriedigt. Der Erlaß des Grafen Jeditz, der die Eltern befriedigte, wird vom Kreisinspektor vollständig eingeschärft, so daß nicht mehr Eltern und Lehrer sich über den polnischen Unterricht verständigen können, sondern der Schulinspektor verfügt. Das ist ein Eingriff in die Rechte des Ministers. Einem solchen System gegenüber können wir der Regierung kein Entgegenkommen beweisen. (Zustimmung bei den Polen.)

Kultusminister Dr. Vosse: Daß die polnische Sprachenfrage hierbei angezogen würde, konnte ich nicht erwarten. Der Erlaß des Kreisinspektors ist mir noch nicht bekannt geworden. Ich halte den Erlaß des Grafen Jeditz aufrecht; ich gönne den Polen den polnischen Privatunterricht. Aber es ist vorgekommen, daß die Lehrer deutsche Kinder, namentlich aus gemischten Ehen, in diesen polnischen Unterricht gezwungen haben. Es wird eben in Posen, wo über die Germanisirung geklagt wird, auch polonisiert. Das kann nicht gestattet werden. In Bezug auf den Religionsunterricht soll kein Zwang geübt werden. Diese Frage verdient eine besonders zarte Behandlung. Wenn es zweifelhaft, ob die Sprache im elterlichen Hause vorwiegend die deutsche oder die polnische ist, soll die Meinung der Eltern entscheiden, damit die Kinder in der Religion gut unterrichtet werden können. Ich denke aber nicht daran, das bestehende System zu verlassen. Diese Erklärung dürfte dem Vordrucker wohl deutlich genug sein.

Hg. Andrée (Hr.): Die Vorlage enthält einen Fortschritt in der Beseitigung dessen, was für die Schule geschehen muß. Das offene Geständnis der vorhandenen Uebelstände zwingt die Regierung, alles daran zu setzen, daß sie beseitigt werden. Gesetzliche Bestimmungen über die Gehälter und eine Neuregelung der Alterszulagen hatten die Lehrer allerdings erwartet; diese Erwartung ist nicht erfüllt, trotzdem wünsche ich lebhaft, daß das Haus die Vorlage annehmen möge. Wird sie abgelehnt, so muß die Mißstimmung in den Kreisen der Lehrer sich mehren, sie müssen die Lust und Liebe zu ihrem Amte verlieren. Wir ist gesagt worden, daß die Lehrer sich der Sozialdemokratie zuwenden. (Lachen rechts.) Dafür möchte ich nicht verantwortlich sein.

Hg. Wuermeling (Z.): Wir wollen auch für die Volksschule nach jeder Richtung hin sorgen, aber wir können es nicht ohne weiteres billigen, daß die Mittel dazu aus den Ueberflüssen der Einkommensteuer genommen werden. Diese im § 1 enthaltene Frage muß in der Steuerkommission geprüft werden, denn das Gesetz kommt ja nicht allen Gemeinden zu Gute, sondern nur einzelnen. Herr Andrée hat sich als Schulbureaukrat vom reinsten Wasser entpuppt, während seine Freunde sonst gegen Ministerwille sind. Das ist doch kein ernsthafter politischer Standpunkt. Wenn man das Gesetz von 1887 aufhebt, dann muß man den Gemeinden andere gesetzliche Garantien geben gegen die Willkür der Schulverwaltung.

Hg. Caneccerus (natl.) schließt sich den Ausführungen Hohrechts an.

Hg. v. Strombeck (Z.) bezeichnet die Mitwirkung der Steuerkommission als absolut notwendig.

Damit schließt die Debatte; gegen die Stimmen der National-Liberalen, der Freisinnigen und eines Theiles der Freikonservativen wird die Vorlage der Steuerkommission überwiesen.

Ohne Debatte genehmigt das Haus darauf in dritter Lesung den Gesetzentwurf, betreffend die Aushebung von Stolzgebühren für Laufen, Zerrungen und kirchliche Aufgebote in der Provinz Hannover und in erster und zweiter Lesung den ähnlichen Gesetzentwurf für den Bezirk des Konföderationsrats zu Kassel.

Schluß 8 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Entgegennahme von Vorlagen und kleinere Gesetzentwürfe.)

Parteinachrichten.

Die Sozialdemokratie der Provinzen Schlesien und Posen hielt am 8. Januar in Pannau ihren Parteitag ab. Auf demselben waren 28 Orte durch 48 schlesische und 2 posensche

Delegirte vertreten. Gegenstand der Verhandlungen war vor allen Dingen die Presse, die mit ganz außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Im vergangenen Jahre sind allein 2310 M. Geldstrafen und 21 Monate Gefängnis gegen die Redakteure der „Volkswacht“ ausgesprochen worden. Die gegen die Zeitung der „Volkswacht“ vorgebrachten Beschwerden wurden von der vom Parteitag hierüber eingesetzten Beschwerde-Kommission für unbegründet befunden. Beschlossen wurde, daß in die Pressekommision Breslau 5, Rawitsch, Striegau, Waldenburg und Pannau je 1 Mitglied zu wählen haben. Den Genossen im Gutsengebirge bleibt überlassen, ob sie für den in Langenbielau erscheinenden „Proletarier“ (3000 Auflage) abermals eine Pressekommision wählen wollen. Weiter wurde die Redaktion der „Volkswacht“ erucht, Fremdwörter möglichst zu vermeiden, event. wo dies nicht angängig, die Berdeutschung beizufügen. Von den weiteren Beschlüssen sind folgende als wichtigere hervorzuheben. Für die Landagitation soll ein Fonds gebildet werden. Die Flugblätter sind gemäß den Verhältnissen der verschiedenen Distrikte abzufassen. Es ist eine Agitationskommission für die Provinzen Schlesien und Posen einzusetzen, die aus den Genossen Schütz und Langner-Breslau, Stolpe-Grünberg, Rinte-Neustadt und Laute-Posen besteht; diese hat der Agitation unter den Polen besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Ein sehr wichtiger Beschluß betraf die Aufstellung von Reichstagskandidaten. Als solche wurden für die nachverzeichneten Wahlkreise folgende Genossen aufgestellt: Gubrau-Böhlau Paul Kühn-Breslau, Trebnitz-Mittelschlag Langner-Breslau, Wartenberg-Dels Giesemann-Breslau, Ranslau-Brig Schütz-Breslau, Ohlau-Strehlen, Breslau-Ost, Breslau-West; die Aufstellung wird den Genossen überlassen, Neumarkt-Landkreis Breslau Schütz-Breslau, Schweidnitz-Striegau-Freiburg Feldmann, Waldenburg Bergmann Müller aus Westfalen, Glatz-Habelschwerdt Kühn-Langenbielau, Reichenbach-Neurode Kühn-Langenbielau, Müritzerberg-Frankenstein Kühn-Langenbielau, Grünberg-Freibstadt Stolpe-Grünberg, Sagan-Prottau Jubeil-Berlin, Groß-Glogau Stolpe-Grünberg, Läden-Bunzlau Geiser-Breslau, Löwenberg Geiser-Breslau, Pignitz Kühn-Langenbielau, Jauer-Landeshut, Hirschberg (den Genossen überlassen), Görlitz-Keller, Goppehroda (den Genossen überlassen), Kreuzburg-Rosenberg Krzymiecki, Oppeln Krzymiecki, Groß-Strehlitz-Kafel Krzymiecki, Lubinitz, Loß-Gleiwitz-Wolling, Beuthen (D.-Sch.)-Königsbrunn Bollung, Jabrze-Kattowitz Karl Thiel, Mels-Nybnitz Karl Thiel, Kattibor Karl Thiel, Leobschütz Hennig, Neustadt (D.-S.) Hennig, Jaltzenberg-Grottkau Sebel, Meisse (den Genossen überlassen).

Weiter wurde folgende Resolution angenommen: „Der schlesisch-posensche Parteitag erklärt sich im Namen des arbeitenden Volkes aller Orte und Kreise, die er vertritt, auf das allerentschiedenste gegen jeglichen Versuch, die das deutsche Volk ohnehin schon übermäßig beschwerenden Militärlasten noch irgendwie zu vermehren. Der Parteitag wünscht lebhaft, die Befähigung des deutschen Volkes auf das denkbar Höchste erhoben zu sehen; aber alle seine Mitglieder werden überall, wo sie zu wirken in der Lage sind, mit allen Mitteln und höchster Kraftanstrengung eintreten für allgemeine Volksbewaffnung auf Grundlage militärischer Jugendberziehung bei kürzester aktiver Dienstzeit. Die Mitglieder des Parteitages werden dagegen zu jeder Zeit, unter allen Umständen und auf jede Gefahr hin anklämpfen gegen das herrschende System des Militarismus und der hauptsächlich indirekten Besteuerung, und sie werden dafür sorgen helfen, daß es so bald wie möglich, bis in seine Wurzeln hinein beseitigt wird.“

Die Einberufung des nächsten Parteitages erfolgt durch die Agitationskommission.

In Burscheid (Kreis Solingen) fand am 8. Januar eine überaus zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher eine scharfe Resolution gegen die Militärvorlage angenommen wurde. Ebenso erklärte sich die Versammlung mit den Beschlüssen des Berliner Parteitages vollständig einverstanden und versprach im Sinne derselben unentwegt weiter zu arbeiten. — In Hühlscheid wurde am 8. Januar eine gleichfalls gut besuchte Parteiversammlung abgehalten, die sich nach einer sehr animierten Diskussion mit allen gegen sechs Stimmen mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden erklärte. Der Delegirte Lohreyer, welcher hierorts seinen Wohnsitz hat, sprach gegen die Resolution und lud zu einer Versammlung ein, in welcher er mit seinen Freunden Stellung gegen die Beschlüsse des Parteitages nehmen wird.

Aus Schwwege wird uns berichtet: Am 30. Dezember fand hier eine Volksversammlung statt, zu welcher sämtliche Wirthe ihre Lokale verweigert hatten — der eine aus Furcht, die Polizei könnte ihm die Konzession zur Tanzmusik entziehen; der andere weil er überhaupt nicht wünscht, daß die Arbeiterbewegung in Schwwege gefördert werde u. s. w. Dieser unerwünschte, unsere Agitation lähmende Zustand dauert jetzt schon an zwei Jahre. Um so freudiger wurde es allseitig von den Genossen begrüßt, daß die Tabalarbeiter-Genossenschaft, welche seit Anfang September v. J. in Schwwege eine Fabrikfabrik besitzt, das Fabriklokale zu Versammlungen uns zur Verfügung stellt. Der Geschäftsführer der Genossenschaft, Genosse L. von Elm aus Hamburg, referirte über die Lage des arbeitenden Volkes, verwies auf die überall herrschende große Arbeitslosigkeit, besprach die in jüngster Zeit auf wirtschaftlichem Gebiet in allen Kulturländern stattgehabten Kämpfe und die dabei zu Tage getretene Mißachtung der Gesetze seitens der herrschenden Klasse, berührte im weiteren Verlauf seines Vortrags den Panama-Skandal und besprach dann die neue deutsche Militärvorlage. Hierauf erläuterte er in klarer und verständlicher Weise die Ursachen der in allen zivilisirten Staaten, ob mit monarchischer oder republikanischer Verfassung, gleichen Erscheinungen und entrollte den Zuhörern ein Bild von der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, zeigte, daß auf diese die sozialistische Gesellschaftsordnung folgen müsse und ermahnte die Versammelten dringend zur Förderung der politischen Bewegung. Weiter verwies Redner auf die wichtige Aufgabe, welche den Gewerkschaften für die Organisation der Arbeit beim Uebergang vom jetzigen in den sozialistischen Betrieb in Aussicht steht, und eruchte, sie durch regle Propaganda in ihrer Ausbreitung zu fördern. Am Schluß seines Vortrages erörterte er speziell, wie sich die Schwwegener Verhältnisse seit dem Ausschluß der Tabalarbeiter entwickelt haben, und endete unter lautem Beifall mit dem warmen Appell an die Schwwegener Arbeiter, endlich wieder sich zusammen zu schaaren, um mit vereinten Kräften eine Verbesserung ihrer Lebenshaltung und damit die Abtugung ihrer Gegner zu erkämpfen. Die Genossen Ehrlich, Demitz und Koch sowie der Vorsitzende der Versammlung — der Vertrauensmann der Partei hier am Orte — Genosse Schöpflin, forderten ebenfalls zu erneuter, energischer Thätigkeit auf. Die Versammlung hat hier allseitig den günstigsten Eindruck hinterlassen. Leider durften auf Befehl der Polizei nur 140 Personen daran Theil nehmen und müßten wir deshalb durch vorherige Aufgabe von Karten einer Ueberfüllung des Lokals vorbeugen. Diejenigen, welche der Versammlung beiwohnen konnten, werden jedoch schon dafür sorgen, daß die dort erörterten Ideen fortwirken. Auch die anwesenden Kleinmeister sprachen über das Gehörte ihre große Befriedigung aus und mehrere der Gewerkschaft nicht angehörende Arbeiter erklärten in der Versammlung sofort ihren Beitritt zur Organisation. Die Lage der Arbeiter in Schwwege ist allerdings zur Zeit eine trostlose, lange Arbeitszeit in den Fabriken, während der Mittagszeit und nach Feierabend Feldarbeit, und bei allem Fleiß kann so viel Verdienst, daß man sich ordentlich satt essen kann — und nur durch fortgesetzte rege Agitation kann bei solch traurigen Verhältnissen eine Besserung erzielt werden. Wir sind jedoch davon überzeugt, daß es jetzt wieder vorwärts geht und daß die Herren Wirthe,

man sie sehen, wie es auch ohne sie geht, und ihre Sozialitäten bald wieder zur Verfügung stellen werden.

Ueber die sozialdemokratischen Buchdruckereien schreibt der „Korrespondent“, das Organ des Verbandes deutscher Buchdrucker: „Mit Eifer jagt der Hirsch-Dunder'sche Gewerksverein jeder Lüge nach, die die Sozialdemokratie herabwürdigend soll und täuscht sie mit wohligen Behagen seinen gläubigen Lesern auf. Ein bedauerliches Kennzeichen, daß jene Gewerksvereine nur durch Verabredung der fortgeschrittenen Arbeiterbewegung ihre Existenz für gesichert halten! Natürlich lockte der „Gewerksverein“ auch sofort wieder gehörig die Legende über die Wiedereinführung des Jehuabendtages in der „Frankfurter Volkstimme“ aus und berief sich darauf, daß die Hirsch-Dunder'schen doch viel bessere Menschen gegen die Buchdrucker seien. Um sich noch besser hervorzuheben, behauptet das Blatt, die Berliner „Vorwärts“-Druckerei habe ebenfalls die neunstündige Arbeitszeit abgeschafft. Das ist, wie aus den Arbeitsordnungen in Nr. 126 des „Korr.“ vom v. J. ersichtlich, unwar. Man darf begierig sein, ob der „Gewerksverein“ diese Unwahrheit sowie die Fabelhaftigkeit der Frankfurter Angelegenheit seinen Lesern nun auch berichtigend wird. Was den Bestand der Gewerksvereine für die Buchdrucker anlangt, so wäre ein wenig Bescheidenheit am Platze — das Betragen der Maschinenbauer ist noch unvergessen. Ueber die sozialdemokratischen Offizinen sind zu besagen, daß wollen wir hier doch konstatieren, da man unsere Gewerkschaft anlässlich jener Berliner Interpellation gegen die Sozialdemokraten ausgepielt hat, haben die Buchdrucker zuletzt Grund. Mag in den armen derselben, vielleicht auch in einigen, deren Leiter oder Besizer unglücklich gegriffen sind — man denke an Breslau — zu wünschen übrig bleiben, das Gros jener Proletariatsdruckereien geht in Bezahlung und Behandlung der Arbeiter den meisten Geschäften der reichlichen Unternehmer sicher mit musterhaftem Beispiele voran. Jene Druckereien der Arbeiterliteratur bilden vielfach einen Unterschlupf für die von den Kapitalisten auf den Sangerlat gestellten Kollegen und laßt nottun, sie typieren der Klasse des Gewerksvereins durchweg die ihr aus fast allen anderen Arten von Druckereien erwachsenden Maßregelungsunterstützungen.“

Partei Finanzen. Stuttgart: Einnahme im dritten und vierten Quartal inkl. 608,95 M. vorjährigen Bestandes 2014,96 M., Ausgabe 1592,47 M.

Lokales.

Die sozialdemokratischen Stadtvordordneten haben folgende Anträge eingebracht:

I. Die Versammlung wolle beschließen: Die Stadtvordordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, die von ihm beschafften Hoch- und Tiefbau-Unternehmer sowie die mit Straßenanlagen und Pfasterungen beauftragten Unternehmer zu veranlassen, daß vom 1. April d. J. an Einrichtungen auf den Arbeitsplätzen getroffen werden, bei denen es den von den Unternehmern beschäftigten Arbeitern ermöglicht wird, die Arbeitspausen in geschlossenen Räumen zubringen.

II. Die Versammlung wolle beschließen: Die Stadtvordordneten-Versammlung ersucht den Magistrat um Herbeiführung eines Kommunalbeschlusses, wonach vom 1. April an ein städtischer Zentral-Arbeitsnachweis errichtet wird, der neben der kostenlosen Vermittlung von Arbeit die fortlaufende Aufnahme und Führung einer Arbeitslosen-Statistik zu bewirken hat.

Weitere Anträge, betreffend die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter, sind in Vorbereitung.

Arbeiter-Sanitätskommission. Herr Gustav Thomas, Fleischermesser, Admiralstr. 14, ersucht uns mitzuteilen, daß sein Betrieb selbstverhändlich keinen Gehalt in den Fluren und Wohnungen jenes Hauses verursacht. Die Fleischerei sei so gelegen, daß auch der Kesseldunst gar nicht in die Flure und Wohnungen dringen könne. Auch habe keiner der Hausbewohner bis jetzt irgendwelche Beschwerden darüber geführt. Ferner erklärt der Wirt des Hauses, Herr Böse, die Angaben, welche der Sanitätskommission über sein Grundstück gemacht wurden, für unwar. Ebenfalls theilt uns Herr Heinrich Schröder als bevollmächtigter Verwalter des Hauses Schönhauser Allee 118 mit, daß die über die sanitären Verhältnisse dieses Hauses gebrachten Mitteilungen vielfach nicht zu treffen. Die erwähnte Schuhmacherei habe ihm versichert, daß die Wohnung trocken sei; diese Aussage habe er sich von mehreren Zeugen bestätigen lassen. Auch liege doch darin, daß die Küche mit Steinen gepflastert sei, nichts besonders tadelnswertes, gleichfalls könne die Arbeitslosigkeit, unter der der Mann zu leiden habe, dem Hauswirth doch nicht zum Vorwurf gemacht werden. Daß das Haus keinen Anschluß an die Kanalisation habe, liege einfach daran, daß überhaupt solche in der Gegend nicht ausführbar sei. Was die Unbewohnbarkeit und Gesundheitsgefährlichkeit anbetreffe, wegen deren wiederholt Miether die Wohnung verlassen haben sollten, so müsse bemerkt werden, daß der Miether, welcher die Wohnung vor dem bezogen habe, nicht der Waise wegen ausgezogen, sondern einfach in früher Morgenstunde mit sechsmonatlichem Mietherzinspande gerückt sei. Von Krankheit sei bei demselben keine Spur vorhanden gewesen. Der die jetzigen Miether behandelnde Arzt habe gar nichts an der Wohnung anzusehen, und er, der Verwalter, thue für die Familie, was in seinen Kräften stehe. — Es wäre angemessen, wenn die Sanitätskommission, der wir bisher, in Anbetracht des von ihr verfolgten guten Zwecks, den Raum des „Vorwärts“ gern zur Verfügung gestellt haben, sich beschäftigen wollte, ihre Untersuchungen mit peinlichster Genauigkeit zu führen. Berichtigungen, wie sie heute gebracht werden müssen und wie schon mehrfach dem „Vorwärts“ zugestellt sind, können unter Umständen den anerkennenswerthen Arbeiten der Kommission ihren Werth in hohem Grade rauben. Gewiß wird die Sanitätskommission daher in eigenem Interesse nochmals Veranlassung nehmen, ihre Mitteilungen einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen. Die Redaktion des „Vorwärts“.

Die Herren Kohlenhändler Otto, Seubersstr. 6, und Butcherhändler Arnold, Seubersstr. 14, versichern in einem an uns gerichteten Schreiben wiederholt, daß sie mit der angebl. Denunziation, die in dem Tempelchen Solale, Langestr. 65, stattgefunden haben soll, nicht das Geringste zu thun haben. Wir geben dieser Versicherung um so lieber Raum, als auch wir von der Richtigkeit derselben überzeugt sind und möchten bei dieser Gelegenheit allen Leuten, die sich gedrungen fühlen, uns Mittheilungen zu machen, noch einmal peinlichste Wahrheitsliebe anempfehlen.

Der Redakteur Mayer von der „Kreuz-Zeitung“ ist, wie das Blatt selbst berichtet, vorgestern Morgen, etwa um 9 Uhr, als er von seiner Wohnung nach der Redaktion ging, an der Ecke der Jork- und Rastfinkstraße von dem ihm aus Eifersucht feindlich gesinnten Journalisten Dr. M. Berendt mit einem Revolver überfallen worden. Dr. Berendt, der auf das Vorübergehende des Redakteurs Mayer in einer Kneipe gelauert hatte, rief letzteren plötzlich von hinten an, gleichzeitig mehrere Schüsse auf ihn abfeuernd. Herr Mayer stürzte sich auf den Angreifer, der abermals feuerte, und schlug ihn mit seinem Stöcke über den Kopf. Bei der Abwehr kamen beide über die Pflastersteine des Bürgersteigs zu Falle und der sich schnell aufrichtende Dr. Berendt versetzte nun die letzten beiden Kugeln seines sechslosigen Revolvers auf Herrn Mayer ab. Alle Schüsse hatten getroffen, doch nur zwei den ahnungslos Angegriffenen blutig verletzt: ein Drehschuß im Rücken und ein Schuß durch die linke Hand zwischen Daumen und Zeigefinger. Dr. Berendt ist wegen Mord-

versuch in Haft genommen. — Das man in der Redaktion der „Kreuz-Ztg.“ das sechste Gebot nicht besser kennt, ist eigentlich nicht wunderbar.

Gewerksmäßige Luftballonfahrten dürfen, einer Verfügung der Regierung in Potsdam zufolge, im Laufe des kommenden Sommers von Berlin und den Nachbarorten aus nicht unternommen werden. Das Verbot gelangt erst nach beendeter Ernte zur Aufhebung. Auch Festschallons dürfen bis zu diesem Zeitpunkt nur auf eingefriedigten Grundstücken aufgestellt werden. Gymnastische Vorführungen und das Abbrennen von Feuerwerk in der Gegend sollen überhaupt ferner nicht mehr gestattet werden. Diese Verfügungen sind auf eine Beschwerde der Landwirthe in den Kreisen Teltow und Niederbarnim zurückzuführen, denen durch das Fahren von Luftballons während des verfloffenen Sommers größere Flurschäden zugefügt worden sind, ohne daß es ihnen gelungen wäre, auch nur einen annähernden Schadenersatz dafür zu erhalten.

Stadtrath Georg Bis aus Breslau hat sich vorgestern Nachmittags um 4 Uhr in einem hiesigen Hotel mittels seines Taschentuches an dem Fensterkreuz des von ihm bewohnten Zimmers aufgehängt. Als man ihn auffand, war er bereits eine Leiche. Bis war bis zum Jahre 1880 befohlenes Mitglied des Breslauer Magistrats, aus dem er ausschied, um in das Direktorium der Breslauer Diskontobank einzutreten. Diese Stellung war indes nicht von langer Dauer. Es kam zu Uneinigkeiten und Bis legte diesen Posten nieder, nachdem ihm eine Abstandssumme von 60 000 M. gezahlt worden war. Ueber die Beweggründe zur That ist bisher nichts bekannt geworden.

Bei einer Gasexplosion, welche sich gestern früh in der achten Stunde in der Bohrer-18 ereignete, erlitt das Dienstmädchen Agnes Jäde nicht unerhebliche Brandwunden im Gesicht und an beiden Händen. Das Mädchen hatte mit brennendem Licht einen mit ausgeströmtem Gas erfüllten Raum betreten, in demselben Augenblick war auch schon die Explosion erfolgt. Die Samariter der Feuerwehr leisteten die erste Hilfe.

Russische Zweimarkstücke mit der Jahreszahl 1874 und dem Münzzeichen B (Tresden) sind zur Zeit in Umlauf. Die Falsifikate sind von mangelhafter Prägung und fühlen sich fettig an, auch sind sie leichter wie die echten Münzen. Auf dem Avers ist über dem Kopfe des Reichsadlers der Bestand verschwommen geprägt, während die Wädelung der Stücke zu scharf, das heißt gradig ist.

Zwei Särge als Handrath erregten vorgestern bei einem Anzuge allgemeines Aufsehen. Ein altes Ehepaar, das seine seit Jahren innegehabte Wohnung in der Landsbergerstraße aufgeben mußte, führte sie nebst anderen Mobilien auf einem Transportwagen in ihr neues Heim mit über. Dem Reuheren nach zu urtheilen, müssen die guten Leute schon in ihrer „Jugend Benz“ sich diese letzten Ruhebetten haben anfertigen lassen.

Marktpreise in Berlin am 10. Januar, nach Ermittlungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 15,80—16,30 M., mittlerer von 15,20—14,80 M., geringster von 14,70—14,20 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,60—13,30 M., mittlerer von 13,20—13,00 M., geringster von 12,90—12,60 M. Gerste per 100 Kg. gute von 17,00—16,00 M., mittlere von 15,90—14,90 M., geringe von 14,80—13,80 M. Hafer per 100 Kg. guter von 15,80—15,10 M., mittlerer von 15,00—14,30 M., geringster von 14,20—13,50 M. Stroh, Roggen per 100 Kg. von 4,85—4,00 M. Heu per 100 Kilog. von 8,40—5,20 M. Erbsen per 100 Kg. von 40,00—25,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 30,00—20,00 M. Linfen per 100 Kg. von 30,00 bis 30,50 M. Hartweizen per 100 Kg. von 6,00—4,00 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,60—1,10 M. Schaffleisch per 1 Kg. von 1,40—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,50—1,10 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,90 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,50—0,90 M. Butter per 1 Kg. von 2,80 bis 1,80 M. Eier per 60 Stück von 7,00—3,00 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,00 M. Aale von 2,80—1,50 M. Zander von 2,40—0,80 M. Hechte von 1,80—1,00 M. Barsche von 1,80—0,70 M. Schleie von 2,40—1,00 M. Schleie von 1,40 bis 0,80 M. Krebse per 100 Stück von 9,00—2,00 M.

Polizeibericht. Am 10. d. M. Vormittags schoß ein Redakteur an der Ecke der Rastfink- und Jorkstraße, anscheinend aus Eifersucht, auf einen Revolver sechs Schüsse auf einen anderen Redakteur ab und verletzete ihn leicht an der Hand und am Rücken. — In einem Hotel wurde ein seit dem 8. d. M. dort wohnender Jüdischer von außerhalb in seinem Bette todt aufgefunden. Nach den Feststellungen des Arztes hat er sich mittels Arsenit vergiftet. — Nachmittags wurde in einem Hotel ein dort eingekerkert Herr erhängt vorgefunden.

Gerichts-Beilage.

Als ein angenehmer Hochzeitsgäster zeigte sich der Schneidermeister Hermann Leyder, welcher gestern unter der Anklage des Betrugs vor der 126. Abteilung des Schöffengerichts stand. Als Belastungszeuge trat der Musikdirektor Abarneil auf, der mit dem Angeklagten eine trübe Erfahrung gemacht hatte. Im Mai vorigen Jahres fand die Hochzeit der Tochter des Angeklagten statt. Der letztere hatte alles auf's Grobartigste eingerichtet, in Gessell's Hotel waren 50 Gedecke bestellt, und während des Festmahles sollte ein von dem Zeugen zu stellendes Quartett liebliche Weisen erklingen lassen. Der Angeklagte machte dabei zur Bedingung, daß das Hochzeitslied nach der Waldermelodie des Seebens erst herauszukommen „Sonntagslied“ von Müllerer gesungen werden sollte, und mußten die Noten hierzu erst von dem Zeugen Abarneil aufgeschrieben und das Lied neu einstudirt werden. Das Fest verlief ohne Trübung. Nach einiger Zeit reichte Abarneil seine Rechnung über 29 M. ein. Anstatt Geld erhielt er Grobheiten. Nun betrat der Musikdirektor den Klagenweg. Es zeigte sich dabei, daß Leyder erst sechs Monate vor der Hochzeit den Offenbarungseid geleistet hatte und daß nichts von ihm zu bekommen war. Dieß Verfahren hielt der Musikdirektor für betrügerisch und ebenso der Staatsanwalt, der im gestrigen Termin die Bestrafung des Angeklagten beantragte. Leyder stellte die Behauptung auf, er habe geglaubt, als Beihilfe zur der Hochzeit aus einer reichen jüdischen Stiftung die zu diesem Zwecke bestellte, Unterstützung zu bekommen. Der Vorsitzende dieser Stiftung, Bankier Samberger, vermochte aber nur zu bekunden, daß es möglich sei, daß der Angeklagte um eine solche Unterstützung nachgesehen habe. Erfolg habe dies Gesuch nicht gehabt. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten frei, weil eine Vorspiegelung falscher Thatfachen nicht vorhanden sei; daß man den Offenbarungseid geleistet habe, brauche man aus freien Stücken niemandem zu erzählen.

Ein „cause célèbre“, welche recht deutlich zeigt, mit welchen Dappalien mitunter die kostbare Zeit der Gerichtshöfe vertriebt werden muß, beschäftigt gestern die 5. Strafkammer in der Verurtheilungsinstanz. Auf dem freien Felde in der Nähe des Zentralviehhofes vergnügte sich eines Sonntags ein Mann aus dem Volke damit, einen „Drachen“ steigen zu lassen. Er hatte sich selbst ein derartiges Windspielzeug kunstgerecht hergestellt, das Antlitz des Drachens mit buntem Filterkram beklebt und freute sich über das schnelle Emporkommen des Seglers der Lüfte. Seine Sonntagsfreude wurde aber arg gestört, denn als er die an

dem Erdboden befestigte Linde einen Augenblick außer Acht gelassen hatte, machte sich ein böser Rube das Vergnügen, die „Strippe“ zu durchschneiden und den Drachen zum Fallen zu bringen. Der empörte Besizer desselben wickelte scheinlich die Strippe auf und machte sich an die Verfolgung des enteilenden Riffelhäters. Den Drachen selbst überließ er der Obhut dreier Knaben, welche er bat, das Spielzeug aufzubewahren, bis er zurückkehren würde. Die Jungen hatten bei Abgabe des Versprechens gewiß nicht die Idee gehabt, daß sie eventuell bis zum jüngsten Tage warten wollten, und als eine Stunde vergangen war, ohne daß der glückliche Besizer des Drachens wieder zum Vorschein kam, da sahen sich die drei Jungen mit Mitleid an, als wählten sie sagen: „Hier steht wir nun mit das Talent und können's nicht verwerten.“ Der eine der drei Drachenhüter fand aber doch einen Weg der Verwertung: er machte den Vorschlag, das Unthier zu erlegen und sich in die Beute zu theilen und so kam es, daß nach kurzer Zeit des Drachen blendende Gestalt grauam vernichtet war. Der eine der treulosen Häter trug das gleißende Fell als Siegesbeute nach Hause, der andere hatte das Rückgrat erhalten, der dritte begnügte sich mit dem krumm gebogenen Rohrstock, welcher die „Waden“ zu stande brachte. Aus der kleinen Sonntagsfreude entwickelte sich gegen die drei Jungen eine hochnotpeinliche Anklage wegen Diebstahls bezw. Unterschlagung, bei deren Erledigung der ganze gerichtliche Apparat mit Staatsanwalt und Vertheidiger in zwei Instanzen in Bewegung gesetzt wurde. Das Schöffengericht hielt nämlich die drei selbstthätigen Drachenhüter für schuldig und belegte sie mit Rückgrat auf ihre bisherige Unbescholtenheit mit einem Verweise. Der eine der Jungen hatte aber nicht Lust, mit diesem „Ned auf der Ehr“ zeitweilig herum zu wandern; er legte deshalb Berufung ein, und so hatte sich denn auch noch die 5. Strafkammer mit dieser cause célèbre zu beschäftigen. Der Gerichtshof schloß sich der Ansicht des Rechtsanwalts Dr. Bonk dahin an, daß den drei Jungen zweifellos jede Ahnung von der Strafbarkeit ihres Kampfes mit dem Drachen geschilt habe. Das erste Urtheil wurde daher aufgehoben und der Angeklagte freigesprochen.

Nach längerer Pause gelangte gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I wieder ein Betrugsprozeß zur Verhandlung, dem Stellenvermittlungsschwindel zu Grunde lag. Die Anklage richtete sich gegen die hiesige Wittwe Auguste Leider, die wegen gleicher Straftathen schon vielfach verurtheilt ist. Im August v. J. suchte der Reklamer M. durch die Zeitungen für seine Braut eine Stelle als Lehrmädchen in einer größeren Restauration. Die Angeklagte erbot sich, eine solche Stellung zu beschaffen und als M. sich zu ihr begab, erklärte die Angeklagte, daß sie bereits eine geeignete Stelle für das junge Mädchen habe, sie verlange aber eine Vorausbezahlung von 10 M. M. zahlte den Betrag und ging nun mit dem jungen Mädchen von einem Restaurateur zu dem anderen, ohne aber Erfolg zu haben. Es zeigte sich, daß sie gar keine Stellung in Aussicht, geschweige denn eine solche fest zu bestehen hatte. Der Gerichtshof ahndete den Schwindel mit einer Gefängnißstrafe von einem Jahre.

Veranstaltungen.

Die arbeitslosen Bauhandwerker Berlins waren vom Maurer Gröppler am 11. d. M. zu einer öffentlichen Versammlung zusammenberufen, um die Frage zu erörtern: „Warum sind wir arbeitslos und wird es in Zukunft so bleiben?“ Wie Gröppler bekannt gab, war es ihm trotz erdenklicher Mühe nicht möglich gewesen, einen Referenten zu gewinnen, welche Thatsache von der ca. 1500 Personen starken Versammlung sehr übel vermerkt wurde. Infolgedessen hielt Gröppler den einleitenden Vortrag. Derselbe beleuchtete die kapitalistische Produktionsweise mit ihren furchtbaren Konsequenzen, und hob die Nothwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit, sowie die Pflicht der Arbeiter zum Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation hervor. Nur so könne man den Schäden des Kapitalismus nach Möglichkeit entgegenwirken. In der folgenden Diskussion nahm zunächst Schweizer (Charlottenburg) das Wort, um eine scharfe Kritik an den herrschenden Zuständen zu üben und den Standpunkt der internationalen Sozialdemokratie zu betonen. Er erwähnte zur Einigkeit und zum selten Zusammenhalten. Tischer Wiedemann erörterte in eingehender Weise die zur Tagesordnung stehende Frage, betonend, daß nicht nur die arbeitende, sondern auch die herrschenden Klassen sich mit derselben ernsthaft zu beschäftigen hätten. Als Hauptursache der herrschenden Nothlage führte auch er die anaristische privatkapitalistische Produktionsweise den Versammelten vor Augen und legte klar, daß vernünftige Zustände angestrebt werden müssen. Hierzu gehöre die Erkenntniß, daß eine Umgestaltung des herrschenden, ausbeutenden Produktionssystems nothwendig ist. Die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen seien daher zu stärken und auszubauen, man müsse durch gemeinsamen Druck auf eine Besserung der Verhältnisse hinarbeiten. Tischer Franz wandte sich gegen die parlamentarische Thätigkeit und erblickte die Hauptaufgabe eines Agitators darin, die Massen aufzuklären und reif zu machen für den letzten Kampf. Zimmerer Geßroß hob hervor, daß die Arbeitslosigkeit im Laufe nicht nur im Winter, sondern auch im Sommer infolge des herrschenden Bau-schwindels eine große sei. Er empfahl die Entsendung einer Deputation an den Minister für öffentliche Arbeiten, um Arbeit zu fordern. Maier Hohwegler behauptete, daß trotz der herrschenden Arbeitslosigkeit im königlichen Schlosse nicht nur bis 10 Uhr Abends und noch länger, sondern auch Sonntags gearbeitet werde; sogar am zweiten Weihnachtstage sei dort gearbeitet worden. Die Absendung einer Deputation verwarf Redner und wünschte, die Vertreter im Reichstage zu ersuchen, die sofortige Einführung des achtstündigen Arbeitstages zu beantragen. Dies werde Gelegenheit geben zu nützlichen Demonstrationen. Er beantragte folgende Resolution:

Die heute in Jock's Salon tagende Versammlung der arbeitslosen Bauhandwerker und Bauarbeiter Berlins beschließt: In Anbetracht der von Jahr zu Jahr zunehmenden Arbeitslosigkeit in allen Gewerben; in fernerer Erwägung, daß derartige Krisen bereits schon chronisch sind und eine bessere Konjunktur nicht zu erwarten ist, ersucht die heutige Versammlung eine Abhilfe nur in einer Verkürzung der Arbeitszeit. Sie fordert deshalb die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage auf, unverzüglich den gesetzlichen Achtstundentag für alle industriellen Arbeiter vom deutschen Reichstage zu verlangen.

Um dieser Forderung genügenden Nachdruck zu geben, fordert die Versammlung die Vertrauenspersonen der sozialdemokratischen Partei auf, in nächster Zeit in allen Stadtbezirken an einem Tage Versammlungen arbeitsloser einzuberufen.

Tischer Franz stellte hierzu den Unterantrag: Sollte die Forderung des gesetzlichen Achtstundentages vom Reichstage abgelehnt werden, so haben die sozialdemokratischen Abgeordneten ihre Mandate niederzulegen.

Zur Sache sprachen ferner Tapezierer Seidel, welcher zur Einigkeit ermahnte, Maurer Wille, welcher die Resolution beantwortete und den Unterantrag bekämpfte, sowie Maurer Jänsch, welcher auf gleichem Standpunkt stand und scharf rügte, daß nicht schon lange von politischer Seite Versammlungen arbeitsloser einberufen worden sind. Bei der Abstimmung über die eingegangenen Resolutionen wurde die Absendung einer Deputation an den Minister mit großer Majorität abgelehnt, ebenso der Unterantrag Franz. Im Uebrigen wurde die Resolution Hohwegler einstimmig angenommen und den Abgeordneten sofort übermittelt. Alle sonstigen noch eingegangenen Resolutionen

